



Protokoll Einwohnerrat

6. Sitzung

Montag, 23. November 2020, 19:00 Uhr, Kultur- und Kongresshaus

Vorsitz: Richner Thomas, Präsident

Protokollführung: Berner Stefan, Vize-Stadtschreiber

Anwesend: 47 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Roth Daniel, Stadtschreiber
Diggelmann Lisa, Sektion Sport
Müller Daniel, Leiter Liegenschaften und Betriebe
Hlavica Jan, Stadtbaumeister
Roth Daniel, Sektion Baubewilligungen

Entschuldigt: Niggli Martina
Schaffner Wicki Eva
Suter Max



Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	236
2. Anfragen	237
2.1. Anfrage Grüne Aarau: Subventionierung des Moduls Mittagsbetreuung	237
2.2. Anfrage Ursula Funk (SP): Anwendung des öffentlichen Beschaffungsrechts für die Planung und Umsetzung des neuen Aarauer Stadions	239
2.3. Anfrage Anja Kaufmann und Simone Silbereisen (SP): Co2-neutrale Heizsysteme für die Altstadt	241
3. Erneuerung Sportanlage Winkel, Baukredit	243
4. Corona-Virus 2020; Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds; Verlängerung des Verzichts auf Gebühren für Aussenflächen	254
5. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Pascal Benz (FDP) "Strategie für E-Mobilität in Aarau"	257
6. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Silvano Ammann (FDP) "Buvetten für Aarau"	259
7. Beschlussfassung über die Überweisung der Bürgermotion von Philippe Kühni "Stilllegungsplanung des Aarauer Gasnetzes"	262
8. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Stefan Zubler (FDP) und Peter Jann (GLP) "Mehr Bäume und weniger Teer - effektive Hitzeminderung für die Stadt Aarau"	263
9. Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Stefan Zubler (FDP) und Mitunterzeichnende "Klimaanalysekarte Aargau - konkrete Massnahmen für eine klimaangepasste Stadtentwicklung"	268



Traktandum 1

Mitteilungen

Thomas Richner, Präsident: Ich begrüße Sie zur heutigen sechsten Einwohnerratssitzung dieses Jahres. Sie findet ein weiteres Mal im KUK statt. Ich begrüße ebenfalls den vollständig anwesenden Stadtrat sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Herzlich willkommen heisse ich auch die Pressevertreter sowie die verschiedenen Gäste. Weil uns die Corona-Pandemie immer noch verfolgt, hat sich das Ratsbüro entschieden, wieder im KUK zu tagen. Ich bitte Sie, die Sicherheitsmassnahmen weiterhin einzuhalten. Diese fallen heute mit der Maskenpflicht ein wenig strenger aus. Sie gilt für alle Personen, die sich im Saal aufhalten. Davon ausgenommen sind die Sprecher am Mikrofon. Ich danke für die Befolgung dieser Massnahmen. Entschuldigt haben sich Martina Niggli, Simone Silberstein und Eva Schaffner. Es sind somit 47 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 24. Dieser Saal verfügt über keine Abstimmungsanlage. Wir werden die Stimmen wieder mit Aufstehen ermitteln. Entsprechend werden die Stimmzähler die Stimmen auszählen. Die Traktandenliste wurde Ihnen zugestellt. Gibt es Bemerkungen oder Anträge dazu? Da dies nicht der Fall ist, handeln wir die Traktanden wie vorgesehen ab.



Traktandum 2

Anfragen

Traktandum 2.1

GV 2018 - 2021 / 124

Anfrage Grüne Aarau: Subventionierung des Moduls Mittagsbetreuung

Thomas Richner, Präsident: Am 14. Januar 2020 hat die Fraktion der Grünen Aarau eine Anfrage betreffend Subventionierung des Moduls Mittagsbetreuung eingereicht.

Die Anfrage wurde vom Stadtrat am 29. Juni 2020 wie folgt schriftlich beantwortet:

Frage 1

Wie erklärt der Stadtrat den betroffenen Eltern die deutliche Erhöhung ihrer Beiträge bei gleichbleibender Leistung?

Die Tarife für die einzelnen Angebote einer Kindertagesstätte legen die Betreiberinnen und Betreiber fest. Es handelt sich um eigenständige Unternehmen. Eltern schliessen mit den einzelnen Kindertagesstätten einen Vertrag betreffend Betreuung ihrer Kinder ab, nicht mit der Stadt Aarau.

Der Stadtrat hat die Subventionsberechnungen an die per 1. Januar 2020 in Kraft getretenen Berechnungsgrundlagen (Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsreglement, KiBeR, und Verordnung über die Beiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung, Beitragsverordnung) angepasst und die Einstufungen des Moduls Mittagsbetreuung nach kantonalen Vorgaben überarbeitet.

Gemäss dem alten Elternbeitragsreglement vom 21. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2017) war bis zum 31. Dezember 2019 der Elternbeitrag für das Modul Mittagsbetreuung einkommensabhängig festgelegt mit einer Obergrenze für die Eltern bei 15 Franken pro besuchtem Modul. Die Stadt Aarau vergütete somit eine einkommensunabhängige Pauschale an alle Eltern und zusätzlich einen einkommensabhängigen Beitrag, zusammen eine Unterstützung bis zu 30 Franken pro Kind und Tag. In der Vergangenheit wurde im Leistungsvertrag zwischen den Trägern und der Stadt festgehalten, dass ein Träger den durch die Stadt Aarau subventionierten Eltern höchstens den Elternbeitrag gemäss dem damals gültigen Stadtratsbeschluss zu den Elternbeiträgen in Rechnung stellen darf. Im Sinne der Gleichbehandlung wurden Unterstützungen an subventionsberechtigte Eltern in Kindertagesstätten ohne Leistungsvertrag nach dem gleichen Stadtratsbeschluss berechnet und ausbezahlt. Gemäss dem kantonalen Kinderbetreuungsgesetz (§4 Abs. 2 KiBeR) beteiligen sich die Gemeinden nur noch nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten an den Kosten, womit eine generelle einkommensunabhängige Unterstützung wegfällt.

Frage 2

Wie, wann und von wem wurde die Tariferhöhung kommuniziert?

Der Stadtrat geht davon aus, dass mit dem Begriff Tariferhöhung in der Anfrage der Fraktion der Grünen Aarau die Anpassung der Subventionsberechnung gemeint ist.

Die wesentlichen Änderungen in der neuen Beitragsverordnung haben die Sozialen Dienste in einem Schreiben Ende September 2019 kommuniziert (insbesondere die Aufhebung der



generellen Subventionierung des Moduls Mittagsbetreuung). Dieses Schreiben wurde von den Kindertagesstätten mit den Monatsrechnungen an die Eltern verschickt. Versehentlich erhielten die Eltern des Mittagstisches Aarau Rohr dieses Schreiben erst im Januar 2020. Aus diesem Grund wurden Kündigungen von den Eltern beim Mittagstisch Aarau Rohr ohne Einhaltung der zweimonatigen Kündigungsfrist per 29. Februar 2020 akzeptiert.

Frage 3

Weiss der Stadtrat, ab wann die Betreuungsinstitutionen die neuen Tarife umsetzen und die Eltern mit erhöhten Kosten für den Mittagstisch rechnen müssen?

Die Betreiberinnen und Betreiber von Kindertagesstätten, die mit der Stadt Aarau keine Kooperationsvereinbarung eingehen, haben keine generelle Informationspflicht gegenüber dem Stadtrat. Der Stadtrat hat deshalb keine Informationen darüber, wie Tarifänderungen den Eltern kommuniziert werden.

Frage 4

Wieso wurde zwischen Kommunikation und Einführung des neuen Tarifs nicht eine Frist gewährt, welche den Eltern eine Kündigung der Mittagsbetreuung vor der Erhöhung ermöglicht?

Siehe Frage 2.

Die Beantwortung dieser Anfrage verursachte Kosten von 408 Franken.

Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Ich erinnere daran, dass der Maximaltarif für den Mittagstisch von Fr. 15.00 auf Fr. 30.00 erhöht wurde. Der Stadtrat hat diesen Beschluss Mitte Dezember 2019 gefasst und zwei Wochen später, am 1. Januar 2020, trat dieser Beschluss in Kraft. In der Antwort auf unsere Anfrage wird erwähnt, man habe diese Erhöhung den Eltern im September 2019 angekündigt. Das verstehe ich nicht, denn der konkrete Tarif ist ja erst im Dezember beschlossen worden. Der Antwort kann auch entnommen werden, dass nicht der Stadtrat, sondern die Institutionen die Tarife festlegen. Das trifft zwar zu, ist aber einmal mehr fadenscheinig. Wir alle wissen, wenn die Maximaltarife steigen und/oder die Subventionen sinken, nehmen die Elternbeiträge zu, denn die Institutionen können ihre Tarife nicht einfach so nach unten anpassen. Letztlich werden also die Beträge für die Eltern über die Subventionen der Stadt reguliert. Man kann doch aber nicht einfach die Verantwortung auf die Institutionen abschieben. Zum Mittagstisch möchte ich noch etwas zu bedenken geben. Stellen Sie sich vor, Sie haben Kinder und müssen über Mittag nach Hause, um zu kochen. Der Mittagstisch ist eminent wichtig für berufstätige Eltern und hat den grössten Effekt in der Planung eines Arbeitstages. Das hat auch die Antwort auf eine Anfrage meiner SP-Kolleginnen bestätigt. Der Mittagstisch ist dasjenige Modul, welches am meisten gebucht wird und es war auch 2019 dasjenige Modul, welches am deutlichsten zugelegt hat. Ist es Zufall, dass drei Monate nach dieser Anfrage im Beschluss des Stadtrates genau dieses Modul Mittagstisch am stärksten von den Subventionskürzungen betroffen war? Ich weiss es nicht. Wer also bis Ende des letzten Jahres Fr. 15.00 bezahlte, entrichtet neu Fr. 30.00. In der Stadt Baden müssten für die gleiche Leistung nur Fr. 18.00 bezahlt werden. Wir finden es toll, dass der Stadtteil Rohr endlich auch von diesen Subventionen profitieren kann. Aber auch wenn jetzt der Stadtteil Rohr mitberücksichtigt ist, werden wir im nächsten Jahr nicht mehr Geld für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Verfügung haben, sondern gemäss Budget satte Fr. 360'000.00 weniger als im letzten Jahr ausgeben. Gesamtstädtisch betrachtet kann also nicht von einer Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Rede sein, sondern eher von einer Umverteilung. Das lässt leider auch hinsichtlich des Zukunftsraums etwas Skepsis aufkommen. Wir finden es äusserst bedauerlich, dass einmal mehr ein solch wichtiger Standortfaktor nicht gepflegt wurde.



Traktandum 2.2
GV 2018 - 2021 / 162

Anfrage Ursula Funk (SP): Anwendung des öffentlichen Beschaffungsrechts für die Planung und Umsetzung des neuen Aarauer Stadions

Thomas Richner, Präsident: Am 24. August 2020 hat Einwohnerrätin Ursula Funk (SP) eine Anfrage betreffend Anwendung des öffentlichen Beschaffungsrechts für die Planung und Umsetzung des neuen Aarauer Stadions mit folgenden fünf zusammenhängenden Fragen eingereicht.

Frage 1: Hat die HRS die Planungsarbeiten (Detailplanung) und die Bauleistungen für das Stadion öffentlich ausgeschrieben beziehungsweise wird sie dies noch tun?

Frage 2: Wenn nicht, wie stellt der Stadtrat sicher, dass das öffentliche Beschaffungsrecht nicht umgangen wird?

Frage 3: Verlangt der Stadtrat von der HRS die Planung und Umsetzung des Baus des Stadions dem öffentlichen Beschaffungsrecht zu unterstellen, da das Stadion mit über 50% von öffentlichen Geldern bezahlt und subventioniert wird?

Frage 4: Macht die Stadt Aarau die Gewährung der öffentlichen Gelder davon abhängig?

Frage 5: Die oben erwähnten zwei Gutachten lassen darauf schliessen, dass die Planungs- wie auch die Umsetzungsarbeiten für das Stadionprojekt dem öffentlichen Beschaffungsrecht zu unterstehen haben. Zu welchem Schluss kommt der Stadtrat. Gedenkt der Stadtrat, ein Gutachten zur Unterstellung der Planung und des Baus des Stadions unter das öffentliche Beschaffungsrecht zu erstellen oder einzuholen?

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Am 24. Februar 2008 haben die Aarauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Realisierung eines Super-League-Stadions mit max. 10'000 Besucherinnen und Besuchern mit einer Kostenbeteiligung via die Stadion Aarau AG von 17 Mio. Franken zugestimmt. Dabei wurde davon ausgegangen, dass das Stadion Kosten von insgesamt 36 Mio. Franken verursachen würde. Diese Mittel sollten nebst dem Beitrag der Stadt von 17 Mio. Franken zu je 6 Mio. Franken durch den Kanton Aargau und die Ortsbürgergemeinde Aarau, zu 2 Mio. Franken durch Private und Dritte sowie zu 5 Mio. Franken durch die HRS AG finanziert werden. Das Realisierungsmodell basierte auf einer Querfinanzierung durch ein Einkaufszentrum. Schon in der damaligen Botschaft zur Urnenabstimmung wurde darauf hingewiesen, dass der Kauf des schlüsselfertigen Miteigentumsanteils durch die Stadion Aarau AG nach der Fertigstellung als Immobilienerwerb nicht dem öffentlichen Beschaffungswesen untersteht.

In der Botschaft zur Urnenabstimmung vom 24. November 2019 zur Änderung des Nutzungsplans und der nochmaligen Bestätigung der Kostenbeteiligung von 17 Mio. Franken wurde den Stimmberechtigten aufgezeigt, dass das ursprünglich geplante Modell infolge der langen Rechtsmittelverfahren und der aktuellen Marktlage nicht mehr funktioniert. Neu erfolgt die Querfinanzierung mit einer Wohnnutzung in Form eines Hochhausprojekts auf separaten Parzellen. In Bezug auf das öffentliche Beschaffungswesen hat sich jedoch keine Veränderung ergeben:

1. Die Grundstückeigentümerin und Bauherrin HRS AG plant und baut weiterhin auf ihren eigenen Grundstücken in eigener Regie und auf ihr eigenes Risiko.



2. Die Stadion Aarau AG ist lediglich Käuferin eines kleinen Teils der geplanten Bauten. Sie erwirbt - nach der Fertigstellung - das eigentliche Stadion. Der Erwerb dieses schlüsselfertigen Miteigentumsanteils untersteht als Immobiliengeschäft nicht dem öffentlichen Beschaffungswesen.
3. Die voraussichtlichen Kosten allein für den Bau des Fussballstadions belaufen sich neu auf 60 Mio. Franken; deren Finanzierung erfolgt damit zu über 50% durch private Gelder. Die Hochhausprojekte werden zudem ohne öffentliche Gelder umgesetzt.

Die erfolgte Änderung des Nutzungsplans stellt zudem keine Subventionierung dar. Diese Annahme würde dazu führen, dass mit einer neuen Bau- und Nutzungsordnung, wie aktuell in der Stadt Aarau, alle Liegenschaften, welche eine Aufzoning erfahren, als staatlich subventioniert gelten müssten. Vielmehr stellt sich jeweils die Frage der - gesetzlich geregelten - Mehrwertabgabepflicht, die im vorliegenden Fall aber gerade nicht gegeben ist.

Das in der Anfrage erwähnte "Gutachten" des Parteivertreters von verschiedenen Beschwerdeführern liegt dem Stadtrat nicht vor. Unabhängig davon sieht der Stadtrat aufgrund der dargelegten Gründe keine Notwendigkeit, über die aufgeworfenen Fragen ein Gutachten einzuholen.

Die Anfragstellerin nimmt die Antwort zur Kenntnis.



Traktandum 2.3
GV 2018 - 2021 / 159

Anfrage Anja Kaufmann und Simone Silbereisen (SP): CO₂-neutrale Heizsysteme für die Altstadt

Thomas Richner, Präsident: Am 5. August 2020 haben die Einwohnerrätinnen Simone Silbereisen und Anja Kaufmann (SP) eine Anfrage betreffend CO₂-neutrale Heizsysteme für die Altstadt eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Der Energieplan aus dem Jahr 2013 ist derzeit in Überarbeitung begriffen. Gibt es Bestrebungen oder Projekte, um die Erdwärme (oder andere CO₂-freie) Heizmöglichkeiten für die Altstadt nutzbar zu machen? Wurde bereits abgeklärt, ob in den ausgewiesenen Gebieten der Altstadt die Nutzung von Erdwärme möglich ist?

Die Erdwärmennutzung (Erdsonde) ist je nach Altstadtgebiet mit einer geologischen Begleitung und einem geologischen Gutachten theoretisch möglich (vgl. Eignungskarte Erdwärme Kanton Aargau). Eine detaillierte Abklärung erfolgte bislang nicht.

Derzeit wird die Erschliessung der Vorderen und Hinteren Vorstadt mit Fernwärme und Fernkälte geprüft. Die Platzverhältnisse im Untergrund sind sehr anspruchsvoll. Zusätzlich wird der Stadtbach unterirdisch in diesen Strassenkörpern geführt. Auch weitere Bereiche der Altstadt (Graben, Golatti, Halde, Rathausgasse) sind in Abklärung in Bezug auf die Versorgung mit Fernwärme. Sowohl Tiefbauarbeiten für die Rohrverlegung der Fernwärme wie auch die Hausanschlüsse sind deutlich aufwändiger als in einem Neubaugebiet.

Frage 2:

Wäre ein Anschluss der Liegenschaften in der Altstadt an bestehende Fernwärmenetze möglich? Wie sähe eine Kostenverteilung zwischen der Stadt und den privaten Liegenschaftseigentümer_innen aus?

Wie bereits in Frage 1 erläutert, wird derzeit eine Machbarkeitsstudie für die Realisierbarkeit von Fernwärme in der Altstadt durchgeführt.

Das Fernwärmenetz (exkl. Leitungskosten, wenn die Leitung zum Haus mehr als 10 Meter beträgt) wird von der Eniwa finanziert, gebaut und betrieben. Der Stadtrat prüft im Rahmen der Erarbeitung der Klimastrategie, ob die Förderungen für den Umstieg von fossilen Heizlösungen auf erneuerbare Lösungen weiter ausgeweitet werden sollen. Aktuell können Fördergelder für den Ersatz von Öl- oder Elektroheizungen durch Fernwärme, Holzheizung oder Wärmepumpe beantragt werden.

Frage 3:

Wie sehen, unter Berücksichtigung der neuen Technologien im Bereich Solaranlagen (Solarziegel etc.), in Zukunft die Bedingungen für die Installation von Solaranlagen auf Liegenschaften der Altstadt aus?

Die Altstadt ist in ihrer historisch gewachsenen Struktur, Einheit und Eigenart (z.B. Gestaltung, Material- und Farbwahl) zu erhalten und wenn möglich wiederherzustellen (§ 10 Abs. 4 BNO Aarau). An diesem Erhaltungsziel ist festzuhalten und das wird nur möglich sein, wenn auch an der restriktiven Handhabung bezüglich Solaranlagen festgehalten wird. Da mehrere Altstadtliegenschaften unter kantonalem Denkmalschutz stehen oder sich im



Umgebungsperimeter von Denkmalschutzobjekten befinden, ist die Beurteilung durch die kantonale Denkmalpflege massgebend.

Es ist möglich, einen allfälligen Bedarf für die Produktion erneuerbarer Energie über eine gemeinschaftliche PV-Anlage in geeigneten Gebieten z.B. ausserhalb der Altstadt abzuwickeln. Damit kann verhindert werden, dass viele kleine, in der Regel ineffiziente oder mit dem Denkmalschutz nicht vereinbare Anlagen gebaut werden müssen.

Die Entwicklung der technischen Möglichkeiten wird jedoch weiterhin laufend beobachtet.

Frage 4:

Sofern (vorerst) keine CO₂-neutralen Heizsysteme möglich sein sollten, gibt es genügend Kapazitäten für eine Gasversorgung des Altstadtperimeters mit erneuerbaren Biogasen? Wurden diesbezüglich bereits Abklärungen getroffen?

Eniwa wird bis 2050 von heute 10% auf 100% erneuerbare Gase umstellen. Mit der geplanten Biogasanlage Telli sowie dem allfälligen Aufbereiten und Einspeisen von Klärgas steht in ein paar Jahren eine grössere Produktionskapazität lokal zur Verfügung. Da das Gasnetz in der Altstadt flächendeckend vorhanden ist, kann ein Umstellen – allenfalls auch vor 2050 – auf erneuerbare Gase durchaus eine gute und auch preiswerte Alternative zur erneuerbaren Fernwärme sein.

Frage 5:

Eine eingereichte Bürgermotion verlangt die Abschaltung des Gasnetzes. Sofern dies umgesetzt werden würde: Welche Wärme- und Stromerzeugungsmöglichkeiten wären dann für die Liegenschaften im Altstadtperimeter überhaupt noch möglich?

Ideal wäre sicherlich die Versorgung mit erneuerbarer Fernwärme, deren Realisierbarkeit in der Altstadt ist aber ungewiss.

Die Lösung mit dem heutigen Gasnetz mit erneuerbarem Gas stellt ebenfalls eine gute und auch sicherlich umsetzbare Lösung dar. Solange keine erneuerbare Ersatzlösung vorhanden ist, bildet das Gasnetz mit der raschen Umstellmöglichkeit auf höhere erneuerbare Gasanteile eine sowohl umwelttaugliche wie auch wirtschaftliche Lösung. Der Umbau der Energiesysteme benötigt Zeit und erfordert hohe Investitionen in die Produktion der erneuerbaren Energie, aber auch der erforderlichen Wärmenetze. Eine dynamische Gasnetzplanung wird ab nächstem Jahr den Umgang mit der Gasinfrastruktur aufzeigen.

Die Fragestellerinnen nehmen die Antwort zur Kenntnis.

Seit der letzten Sitzung sind folgende Anfragen eingegangen, konnten jedoch noch nicht beantwortet werden:

- Anfrage von Peter Roschi (CVP) zum Reglement über die Benutzung von Parkplätzen der Schulanlagen der Volksschule auf dem Gebiet der Stadt Aarau (Parkierungsreglement Schulanlagen)
- Anfrage Laszlo Etesi (SP) und Ursula Funk (SP): Quartierentwicklung des Scheibenschachens: Quo Vadis?



Traktandum 3
GV 2018 - 2021 / 165

Erneuerung Sportanlage Winkel, Baukredit

Thomas Richner, Präsident: Es sind keine Anträge auf Nichteintreten dieses Geschäfts eingegangen, somit wird dieses Geschäft behandelt. An der Sitzung vom 20. Januar 2020 hat der Einwohnerrat über den beantragten Projektierungs- und Baukredit für die Erneuerung der Sportanlage Winkel entschieden und beschlossen, zunächst nur die Projektierung mit dem damals gesprochenen Kredit von Fr. 210'000.00 auszulösen. Der Einwohnerrat hat festgehalten, dass bei der Projektierung den im Raum stehenden Bedenken vertieft Rechnung zu tragen ist und entsprechende Varianten aufzuzeigen sind, welche diskutiert werden müssen. Mit der Botschaft vom 14. September 2020 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat den Baukredit mit folgendem

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für die Erneuerung der Sportanlage Winkel von Fr. 5'406'000.00 inkl. 7.7 % MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten seit April 2020.

Diese Botschaft löste einige Reaktionen aus, welche Sie in der Presse mitverfolgen konnten. In der Zwischenzeit, also seit Veröffentlichung der Botschaft, hat sich die Interessengemeinschaft IG Winkel gebildet und eine Petition lanciert. In dieser Petition fordern die Unterzeichneten vom Einwohnerrat die Ablehnung des Kredites von Fr. 5'406'000.00. Im Weiteren wird verlangt, anschliessend eine Revision der Planung, unter Einbezug der Anwohner des Sportplatzes Winkel, und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Quartierbewohnerinnen und -Bewohner von Ausserfeld und Hinterdorf in Auftrag zu geben. Die IG will eine massvolle Sanierung unter Berücksichtigung einer Liste von Änderungen gegenüber der aktuellen Vorlage. Die Petition wurde mir am 16. November 2020 mit 1921 Unterschriften zuhanden des Einwohnerrates übergeben. Der Einwohnerrat hat vom Begleitschreiben sowie einer Kopie des Unterschriftenbogens über das Extranet Kenntnis erhalten. Auch von der Jagdgesellschaft Buchs Suhret ist ein Schreiben eingegangen sowie eine Stellungnahme der FC Aarau Frauen. Auch diese Schreiben wurden im Extranet aufgeschaltet.

Die FGPK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 10. November 2020 behandelt und empfiehlt die Rückweisung dieses Geschäfts an den Stadtrat mit folgendem

Antrag

Dem Einwohnerrat wird empfohlen, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, das Projekt Erneuerung Sportanlage Winkel zu überarbeiten und dabei eine Balance zwischen den Bedürfnissen der Anwohner und des Sports (insbesondere Frauenfussball), unter Berücksichtigung von ökologischen und ökonomischen Interessen zu suchen.

Ebenfalls ist ein Rückweisungsbegehren von Pro Aarau, EVP/EW, GLP eingegangen mit folgendem

Antrag

Das Geschäft ist an den Stadtrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, das Projekt Sportanlage Winkel zu überarbeiten. Für die Sanierung soll ein moderater, angemessener und dem Quartier gerecht werdender Ausbau mit maximal einem Kunststoffrasenfeld geplant wer-



den. Die für das neue Bauprojekt notwendige Infrastruktur (Garderoben etc.) soll dabei entsprechend angepasst werden. Bei der Entwicklung des Bauprojekts sind die Anwohnerinnen und Anwohner in den Prozess einzubinden und deren Bedürfnisse neben den sportlichen, ökonomischen und ökologischen Interessen zu berücksichtigen. Als flankierende Massnahme legt der Stadtrat zusammen mit dem Bauprojekt ein an der Nutzung und dem Quartiercharakter orientiertes Verkehrskonzept vor.

Wir werden zuerst den Bericht der FGPK anhören, dann kann der Rückweisungsantrag von Pro Aarau, EVP/EW, GLP begründet werden und anschliessend folgt die Diskussion über die Rückweisungsanträge. Ich bitte den Kommissionsprecher der FGPK um Bericht.

Urs Winzenried, Mitglied: Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 10. November 2020 die Botschaft des Stadtrates vom 14. September 2020 intensiv diskutiert. Als Auskunftspersonen standen uns Stadtrat Daniel Siegenthaler, Sebastian Busse, Leiter Sektion Hochbau und Lisa Diggelmann, Leiterin Sektion Sport zur Verfügung. Zu Beginn der Diskussion hat eine Delegation der IG Winkel Rohr die Gelegenheit erhalten, ihre Meinung darzulegen. Die IG Winkel Rohr hat dabei klargemacht, dass die IG nicht grundsätzlich gegen eine Sanierung des Sportplatzes ist, so lange diese massvoll ausfällt. Die Kritik wurde von der IG zu folgenden Punkten geäussert: Zu wenig Einbezug der Bevölkerung und der Anwohner, fehlender offener Zugang aufgrund der Umzäunung, zwei Kunstrasenfelder anstelle eines Kunstrasenfeldes und zwei Naturrasenfeldern; Beschallung, die bis anhin nicht notwendig war, zusätzliche notwendige Beleuchtung, der zunehmende Verkehr sowie das neue, übertrieben konzipierte Garderobengebäude. Es wurde geltend gemacht, dass das Projekt einen Verlust der im Moment noch einzigen Freizeit- und Begegnungszone in Rohr zur Folge hat. Schlussendlich wurde auch die Frage nach der Zonenkonformität in den Raum gestellt. Auch wurde darauf hingewiesen, dass man befürchtet, dass die Anlage zu einem Leistungszentrum ausgebaut wird. Die FGPK hatte relativ wenig Fragen an die IG. Die wichtigsten Antworten auf die Fragen lauten: Die IG bestand zu diesem Zeitpunkt aus 10 Personen. Sie bestätigte, dass bereits 1500 Unterschriften für die Petition zusammengetragen werden konnten und mit ca. 2000 Unterschriften gerechnet wird. Gemäss Aussage des Präsidenten des Einwohnerrates konnte dieses Ziel praktisch erreicht werden. Die IG machte klar, dass sie politisch neutral ist und auch keine aktiven Verbindungen zur Jägerschaft oder zur Kirche unterhält und dass die Vermutung besteht, dass sich die Legislaturziele, welche sich die Stadt auferlegte - nämlich einerseits den Sport zu fördern, aber auf der anderen Seite die Bevölkerung zu schützen - bei diesem Projekt in die Quere kommen. Am Schluss betonte die IG, dass sie an einer einvernehmlichen Kompromisslösung sehr interessiert sei. Nachdem die Vertreter der IG die Sitzung wieder verlassen hatten, legte Stadtrat Daniel Siegenthaler noch einmal kurz die Sicht des Stadtrates dar. Die Basis bildet das Gemeindefreizeitanlagenkonzept der Stadt, mit welchem eine Gesamtauslegeordnung vorgenommen wurde. Es geht primär darum, dass die Sporthallen im Winter durch zusätzliche Felder in Rohr entlastet werden sollen. Im Januar 2020 verabschiedete der Einwohnerrat verschiedene Anliegen und man versuchte, diese bestmöglichst umzusetzen. Nach wie vor ist der Stadtrat gemäss Aussage von Stadtrat Daniel Siegenthaler der Meinung, dass der Bedarf für 2 Kunstrasenfelder ausgewiesen ist, weil neu dort auch vier Frauenteams trainieren und spielen sollten. Auch die Beleuchtung werde bei diesem Ausbau notwendig und es brauche bei mehr Mannschaften auch mehr Raum in den Garderobengebäuden. Man habe versucht, die Umgebung bestens in das Gesamtkonzept einzubinden. Man habe zum Beispiel die Zäune erhöht, damit keine Bälle darüber fliegen können. Ballfänger sind im Projekt vorgesehen. Der Zugang soll möglichst zwischen 8 Uhr morgens und 22 Uhr abends offenbleiben. Man versuchte auch, der Ökologie durch den Aufbau eines Walls auf der einen Seite und durch die Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Garderobengebäude entgegenzukommen. Daniel Siegenthaler hat auch betont, dass nicht die Absicht bestehe, ein Leistungszentrum zu realisieren, sondern, dass lediglich eine vage Möglichkeit ins Auge gefasst wurde. Auf die Frage nach dem Einbezug der Anwohner entgegnete Daniel Siegenthaler, dass der Stadtrat den Eindruck hatte, dass das Interesse der Bewohner



im Verlauf vom Winter 2020 noch sehr klein gewesen sei. Bezüglich Verkehr wies Daniel Siegenthaler darauf hin, dass ein Parkierungsreglement geplant sei und auch der ÖV verdichtet werden soll. Zudem bestätigte Stadtrat Daniel Siegenthaler, dass Optimierungen bei den Kosten geprüft wurden. Einzelne Optimierungsmöglichkeiten konnten bereits angewendet werden, andere Kosten sind hingegen höher ausgefallen, weshalb das Projekt schlussendlich praktisch unverändert gleich teuer daherkommt, wie dies bereits im Januar der Fall war. Es wurden noch einige Zusatzfragen von der FGPK an den Stadtrat gerichtet. Man wollte wissen, ob die Sanierung der ganzen Stadt diene, oder ob es sich nur um ein Bedürfnis des Stadtteils Rohr handle. Gemäss Aussage profitiere jedoch die ganze Stadt davon, weil Lösungen im Schachen oder im Brügglifeld im Moment nicht möglich seien. Einen Verzicht auf eine Beschallung oder ein Ausweichen in den Schachen sieht Stadtrat Daniel Siegenthaler nicht. Wenn die Frauen in die Nationalliga A aufsteigen sollten, sei notwendigerweise nicht nur Licht, sondern auch Ton notwendig, sprich eine Beschallungsanlage. Alternativstandorte im Schachen oder im Brügglifeld sind im Moment keine in Sicht. Stadtrat Daniel Siegenthaler machte auch Aussagen zu den Kosten. Diese werden möglichst gering gehalten. Kunstrasenfelder seien aber teurer als Naturrasenfelder. Man müsse Normgrössen berücksichtigen und sich an diese Vorgaben halten. Eine Bewässerungsanlage sowie das neue Garderobengebäude seien bei diesem Projekt notwendig. Auch seien Zusatzkosten, zum Beispiel für die Photovoltaikanlage oder für das Schliesssystem, angefallen. Diese Kosten waren im ersten Projekt noch nicht enthalten. Es wurde die Fragen nach einem Vergleich mit der Stadt Uster gestellt, welche ein ähnliches Projekt bearbeitet. Gemäss Aussage von Daniel Siegenthaler können diese beiden Projekte nicht miteinander verglichen werden, weil in Uster keine Garderoben geplant sind und es dort nur um Belagssanierungen und nicht um Erneuerungen geht und dass auch keine Zusatzinstallationen, wie die PV- oder Lichtenanlagen, geplant sind. Stadtrat Siegenthaler lehnte einen Verzicht auf zusätzliche Garderobengebäude ab. Bei einer Mehrnutzung, auch wenn nur ein Kunstrasenfeld und zwei Naturrasenfelder realisiert würden, würde die Kapazität der aktuellen Garderoben nicht ausreichen. Man habe versucht, den Anliegen des Einwohnerrates nach bestem Wissen und Gewissen entgegenzukommen. Es kam in der FGPK zu einer kurzen Schlussdiskussion. Man nahm zur Kenntnis, dass der Stadtrat die Anliegen aufnahm. Eine Sanierung war in der FGPK unbestritten, lediglich das Ausmass gab zu Diskussionen Anlass. Man fragte sich, ob es eine Sanierung oder allenfalls eine Erneuerung braucht. Die hohen Kosten wurden angesprochen und man bezweifelt, ob es tatsächlich nötig sei, so viel Geld für den Fussball zur Verfügung zu stellen. Man vertritt auch die Meinung, dass ein Kunstrasenfeld ausreichen würde. Es kam die Idee auf, dass der Stadtrat auch die Bedürfnisse an anderen Standorten abklären sollte, also im Schachen oder im Brügglifeld. Es wurde auch bemängelt, dass der Stadtrat die Anwohner besser in den Prozess hätte einbinden müssen, damit mehr Transparenz geschaffen worden wäre. Die FGPK wünscht sich eine ergebnisoffene Projektüberarbeitung. Die Kommission fasste einstimmig den Beschluss, dem Einwohnerrat zu empfehlen, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, das Projekt neu zu überarbeiten. Dabei sei eine Balance zwischen den Bedürfnissen der Anwohner und denjenigen des Sports zu finden.

Thomas Richner, Präsident: Ich bitte einen Vertreter von Pro Aarau, EVP/EW, GLP, den Rückweisungsantrag zu begründen.

Peter Jann, Mitglied: Unsere Fraktion stellt einen zusätzlichen Rückweisungsantrag. Beide Anträge fordern gemeinsam eine stärkere und ernsthaftere Einbindung der Anwohnerschaft. Die Begründung zielt bei beiden Anträgen ebenfalls in die gleiche Stossrichtung. Diese legt dar, dass man mit dem Projekt zu viele Ziele erreichen wollte, diese aber mit dem gewählten Standort nicht alle erfüllt werden können. Unterschiede bei diesen beiden Rückweisungsanträgen bestehen beim Konkretisierungsgrad. Der Antrag der FGPK ist relativ offen formuliert. Unser Rückweisungsantrag beinhaltet klarere Vorstellungen über die Ausarbeitung dieses Projekts, was in der Vergangenheit schon oftmals bemängelt wurde.



Wir haben Vorstellungen zum Ausbau, zur Einbettung in das bestehende Quartier und zu den flankierenden Massnahmen. Wie bei allen Fraktionen ist auch bei uns der Sanierungsbedarf unumstritten. Mit einer Sanierung soll aber auch ein moderater Ausbau der Bepflanzung möglich sein. Der Ausbau kann einerseits auf den sanierten Rasenfeldern stattfinden - ohne Kunststoffrasenfelder - oder aber max. mit einem Kunststoffrasenfeld. Es ist uns wichtig, dass der Ausbau dem Quartier gerecht wird. Es ist bestimmt mittlerweile allen bewusst, dass sich der Standort für den Ausbau, so wie er bis anhin geplant ist, nicht eignet. Die Ausführung des Projekts hat sich deshalb auch an den Infrastrukturen, beispielsweise den Strassen, der Parkierungsmöglichkeit, der Erschliessung mit ÖV den bestehenden Aktivitäten, Friedhof, aber auch an der räumlichen Nähe der sensiblen Naturräume, z.B. dem Waldrand, zu orientieren. Als flankierende Massnahme fordern wir ein Verkehrskonzept. Zu einem solchen Bauprojekt, bei welchem die An- und Abreise des Publikums und der Spieler einen deutlichen Einfluss auf das Quartierleben haben, gehört zwingend ein überzeugendes Verkehrskonzept. Ob dieses einfach oder aufwendig ausfällt, hängt schlussendlich vom Bauprojekt ab. Es geht nicht, dass die Probleme des Verkehrs auf die Anwohner abgewälzt werden in der Meinung, dass diese selbst zu lösen seien. In diesem Sinne hoffen wir auf einen dritten und letzten Projektantrag mit einer realistischen Vorstellung des Stadtrates über Zweck und Sinn des Standortes und der Anlage und auf einen Projektantrag, welcher die Vorstellungen und Erwartungen, einerseits des Einwohnerrates, aber auch der unterschiedlichen Anspruchsgruppen, erfüllt. Deshalb ermuntern wir Sie, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Thomas Richner, Präsident: Wir kennen nun die beiden Rückweisungsanträge und steigen nun in die Diskussion ein.

Brigitte Vogt, Mitglied: Die Erneuerung der Sportanlage Winkel ist ein älteres Vorhaben und eigentlich längst überfällig. In der zurückgewiesenen Vorlage vom Januar ist von einem Trainingsstart auf die Wintersaison 2021/2022 die Rede gewesen. Wir haben damals die Vorlage gutgeheissen, weil eine Lösung des Kapazitätsproblems im Schachen äusserst dringend ist. Damals war aber nicht spürbar, dass die Anwohnerschaft anscheinend zu wenig in die Projektplanung miteinbezogen wurde. Das hat sich inzwischen mit der Formierung der IG Winkel und ihren klaren Forderungen gezeigt. Für diese Forderungen konnte die IG in ihrer Petition knapp 2000 Bürgerstimmen gewinnen, vorwiegend aus dem Stadtteil Rohr. Diese Anliegen nehmen wir ernst. Wir haben deshalb auch Vertreter der IG in unserer Fraktionssitzung willkommen geheissen und ihnen die Möglichkeit geboten, ihre Begehren einzubringen. Wir anerkennen die Notwendigkeit einer Rückweisung für eine Neu beurteilung. Die Fraktion der FDP unterstützt deshalb den Rückweisungsantrag der FGPK einstimmig. Der Zeithorizont einer Inbetriebnahme dehnt sich damit aber leider weiter aus. Wir haben aber den Eindruck, dass die Aussicht auf langjährige Einspracheverfahren noch stärkere Verunsicherungen bringen würden. Wir bevorzugen den Antrag der FGPK. Der Antrag von Pro Aarau, EVP/EW, GLP ist zu einschränkend formuliert, insbesondere im Hinblick auf den Diskussionspunkt von Kunstrasenfeldern. Bevor allen Anspruchsgruppen die Möglichkeit geboten wird, ihre Bedürfnisse vor dem Stadtrat zu erklären und eine Diskussion darüber zu führen, sind wir nicht bereit, eine solch einschränkende Rückweisungsforderung zu unterstützen. All den breitgefächerten Anliegen der verschiedenen Anspruchsgruppen hundertprozentig gerecht zu werden, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Trotzdem drängt sich eine Überarbeitung der Vorlage auf. Alle Beteiligten haben ihre Bereitschaft zur Kooperation betont. Auch von Seiten der Stadt möchte man den verschiedenen Anspruchsgruppen verstärkt Gehör schenken. Wir erwarten aber, dass das Projekt nicht von Anfang an neu aufgegleist werden muss. Wir gehen davon aus, dass alles Praktikable übernommen wird. Für Unpraktikables muss hingegen schnellstmöglich eine verbesserte Lösung aufgezeigt und verbindliche Kompromisse gefunden werden, damit die überfällige Erneuerung im Winkel in einem mittelfristigen Zeitraum von fünf Jahren endlich möglich sein wird. Auch mit diesem Ziel haben wir uns in unserer Fraktionssitzung inten-



siv und umfassend um praktikable Lösungsszenarien bemüht. Wir verstehen dies als einen Beitrag zur Diskussion, überlassen es aber dem Stadtrat, nach Anhörung von allen Seiten die Details zu erarbeiten. Der Sportplatz Winkel ist auch für uns in einer quartierverträglichen Lösung zu planen. Wo diese liegt, ist schwierig zu beurteilen. Es bestehen bereits zwei Fussballfelder. Ein drittes, kleineres Feld, soll, wenn nötig, dazukommen. Aus unserer Sicht muss nebst dem FC Rohr auch den FCA Frauen unbedingt Platz geboten werden. Dem in den letzten Jahren stark gewachsenen FCA Frauenfussballverein soll der Trainingsstützpunkt im Winkel erhalten bleiben und zwar für Sommer- und Wintertraining. Damit können wir auch der von der Öffentlichkeit geforderten Gleichbehandlung mit dem FCA-Männerfussball einen Schritt näherkommen. Leistungssport fordert einen Trainingsstützpunkt, aber kein eigentliches Leistungszentrum. Von diesen, aus heutiger Sicht überdimensionierten Vorstellungen eines Leistungszentrums Winkel, hat auch die neue Leitung des FC Aarau klar Abstand genommen. Entsprechend den Vorgaben des Verbandes sind Garderoben mit getrennten Männer- und Frauenabteilungen auszustatten, was eine Vergrößerung des Gebäudes nach sich zieht. Durch die Redimensionierung auf eine besser akzeptierte Gesamtgrösse der Anlage wird jedoch auch der Trainingsbetrieb neu zu definieren sein. Die Zielgrössen für die Trainingseinheiten sind deshalb neu festzulegen und der Ausbau ist entsprechend anzupassen und auf das Notwendigste zu beschränken. Hinsichtlich der Platzierung der Gebäulichkeiten sind die Forderungen der Anwohner zu berücksichtigen und die Pläne entsprechend zu überarbeiten. Aufgrund der Überlastung der Fussballfelder im Schachen sind mindestens zwei, noch besser wären drei, Fussballfelder einzuplanen. Ebenso deren Beleuchtung, damit auf allen Feldern auch in der Dämmerung trainiert werden kann. Für eine effektive Entlastung muss jedoch mindestens ein Feld mit Kunstrasen ausgestattet werden, um auch bei Frost trainieren zu können. Damit werden auch dem FC Rohr im Winter endlich gleiche Trainingsbedingungen geboten, wie den anderen Mannschaften, FC Aarau oder anderen Aarauer Clubs, die im Schachen oder im Brüggelfeld trainieren können. Diese Benachteiligung hat der FC Rohr schon lange eingefordert. Der Verzicht von Kunstrasen zugunsten Naturrasen auf allen Plätzen würde diese Zielsetzung untergraben. Die ökologischen Vorzüge von Natur- gegenüber Kunstrasen sind bekanntlich, selbst bei Fachleuten, umstritten. Den grösseren Lichtdimensionen, die von den Anwohnern befürchtet werden, wird unseres Erachtens mit der in der jetzigen Vorlage erwähnten Beleuchtungsanlage recht gut entgegengetreten. Sie ermöglicht eine subtile Steuerung. Wir finden, diese neue Anlage sollte im neuen Projekt weiterverfolgt werden. Die FCA Frauen benötigen nebst dem Trainingsplatz auch einen verbandstaughlichen Match-Spielplatz mit Beschallungsanlage. Eine solche ist aber von der IG Winkel explizit als Einspruchspunkt erwähnt worden. Es wäre unseres Erachtens deshalb zu überprüfen, wie weit auf eine Beschallungsanlage im Winkel verzichtet werden könnte, wenn der FC Aarau seine Matches als Kompromiss und entgegen den Einschätzungen des Stadtrates weiterhin im Schachen auf dem Kunstrasenplatz abhalten könnte. Das Spielfeld im Schachen ist den Spielerinnen vertraut. Wenn zudem weiterhin die Absicht gilt, dass der FC Aarau letztendlich seine Spiele im neuen Torfeldstadion austragen kann, sollte sich das Problem ohnehin nicht mehr über Jahre hinwegziehen. Hinsichtlich des Verkehrslärms erwarten wir, dass der Stadtrat – wie auch in der FGPK gefordert – ein überzeugendes Verkehrskonzept vorlegt. Der ausgebaute Spielbetrieb bringt ganz klar mehr Verkehr, wenn auch nicht ganz im von den Anwohnern befürchteten Umfang. Mehr Mannschaften ergeben aber mehr Zufahrtsverkehr. Die Spielerinnen des FC Aarau sind jedoch, insbesondere in den drei U-Mannschaften, eher noch mit Velo und Bus unterwegs und der ÖV soll ja sowieso ausgebaut werden. Bei Matches sind Anfahrten mit Cars kaum zu erwarten. Von einer Einführung einer Parkplatzgebühr ist im Hinblick auf eine Konsensfindung mit der Kirche und dem Friedhofbetrieb aus unserer Sicht vorerst abzusehen. Eine ganztags dauernde Platzbelegung durch den Fussballbetrieb ist nicht zu befürchten, da die Trainingszeiten in der Regel die Kirchendienste nicht überlappen. Ein persönlicher Austausch und eine Absprache unter den betroffenen Gruppen könnte einfach und vorteilhaft ausfallen. Bei den übrigen städtischen Sportanlagen mit oder ohne Fussballbetrieb sind aber Parkplatzgebühren eingefordert worden mit dem Ziel, der Attraktivität des Parkierens vor Ort entgegen-



gen zu wirken. Je nach Entwicklung der Parkplätze und Zufahrtsbelegung im Winkel müsste deshalb eine Gebührenpflicht nachträglich doch noch diskutierbar sein. Beim Brügglifeld haben die Anwohner die Stadt zu einer vollen Umzäunung und Schliessung der Trainingsanlagen verpflichtet, um Spieltourismus und Vandalismus vorzubeugen. Die Anwohner im Winkel fordern exakt das Gegenteil, nämlich die grösstmögliche Offenhaltung. Eine Umzäunung muss unseres Erachtens nicht zwingend die ganze Anlage umfassen und sie muss nicht so eng mit Verboten und Vorschriften, wie im Brügglifeld, belegt werden. Für das Kunstrasenfeld hingegen erachten wir ein praktisches Schliesskonzept als notwendig, damit mindestens ein Feld gesichert bleibt. Wir erwarten ein klares Definieren der Lösungsmöglichkeiten mit dem Ziel, dass trotz einer Teilöffnung die Spielanlage angemessen geschützt wird, um Beschädigungen, wilde Festivitäten und Vandalenakte zu verhindern. Trainingsengpässe entstehen nicht nur beim Fussball, dort aber am ausgeprägtesten, insbesondere, seit der Frauenfussball endlich die nötige Aufmerksamkeit erlangt hat. Fussball ist beliebt und für jedermann zugänglich, denn Fussball erlaubt, auf einfache und kostengünstige Art zu spielen, sich zu bewegen und sportlichen Ehrgeiz auszuleben. Eine weitere teure Investition - wieder für den Fussball - ist angesagt. Ein entsprechendes "Aufmüpfen" ist nachvollziehbar. Mit dem Ausbau der Aussenfussball-Infrastruktur wird aber erreicht, dass für die anderen Wahlsportarten mittelfristig die Hallen für Innentrainings frei werden. Entsprechend profitiert nicht nur der Fussball, sondern auch andere Sportvereine von dieser Investition. Nichts desto trotz sind 5.4 Mio. Franken sehr viel Geld. Wir fordern deshalb, dass die angestrebte Redimensionierung des Projektes auch eine entsprechende Kostenredimensionierung mit sich bringt. Die Sportvereine der Stadt Aarau haben ein Anrecht auf genügend Trainingsmöglichkeiten. Es kann nicht sein, dass neue Vereinsgründungen verunmöglicht werden, weil nirgends trainiert werden kann. Der Stadtteil Rohr verfügt im Winkel über eine grosszügige Sportanlage, zwar mit Erneuerungsbedarf, aber sie stellt trotzdem ein unverzichtbares Standbein des Gesamtangebots dar. Deshalb wurde sie in die Zone für öffentliche Nutzung eingeteilt und soll unseres Erachtens auch vollumfänglich dort bleiben. Die Forderung der IG Winkel, den Westteil in eine Zone Freiraum umzuwandeln, um einen gewissen Allmendcharakter zu sichern, können wir nicht unterstützen. Wir denken, dass mit der teilweisen Offenhaltung der Umzäunung Freiraum für die Bevölkerung geboten wird und dass eine Zonenänderung von vorneherein unnötiges Konfliktpotenzial für die Zukunft impliziert. Zudem sind wir überzeugt, dass auch die Bewohner des Stadtteils Rohr bereit sind, ihren Anteil an der gemeinschaftlichen Infrastruktur für die sportbegeisterten Aarauern mitzutragen. Das Projekt Winkel steht zurzeit wahrlich nicht mehr im richtigen Winkel. Es gilt, das spürbare Unbehagen durch gegenseitiges Zuhören und Ernstnehmen schnellstmöglich zu beseitigen. Der Wille zu einer Konsensfindung ist von allen Anspruchsgruppen klar kommuniziert worden. Diese Tatsache lässt uns hoffen.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Eigentlich hätte Martina Niggli das Votum halten sollen. Weil sie aber krank geworden ist, übernehme ich diese Aufgabe. Das vorliegende Projekt zum Sportplatz Winkel löst bei der Grünen Fraktion eher gespaltene Gefühle aus. Grundsätzlich befürworten wir die Sanierung des Sportplatzes. Wir sind aber der Meinung, dass der Stadtrat das Ziel bei diesem Projekt verfehlt hat. Auch die Petitionärinnen und Petitionäre der IG können gewisse Argumente nachvollziehen, andere werden nicht verstanden. Ich möchte die fünf wichtigsten Punkte erwähnen. Gemäss den Auskunftspersonen der FGPK benötigen die Frauenfussballspiele Nationalliga B keine Beschallungsanlage. Die Beschallungsanlage im Schachen wird sehr wenig genutzt, weshalb wir der Meinung sind, dass eine solche Beschallungsanlage nicht notwendig ist. Das Projekt sieht die Umzäunung der Kunstrasenfelder inkl. des Garderobengebäudes vor. Ausserhalb der Betriebszeiten sollten auch die Anwohnerinnen und Anwohner diesen Platz benützen können. Wir finden, dass das Projekt einen sehr geschlossenen Charakter aufweist und wir haben den Wunsch, dass die Anlage mehr geöffnet wird. Wir vertreten ganz klar die Meinung, dass es auf dem Stadtgebiet ein weiteres Kunstrasenfeld braucht. Diesbezüglich sind wir nicht gleicher Meinung wie die IG Winkel. Für uns stellt sich aber auch die Frage,



ob es zwei Kunstrasenfelder braucht, oder ob eines ausreichen würde. Hinsichtlich der Verkehrssituation können wir die Bedenken der IG nachvollziehen. Wir sind auch der Meinung, dass es mehr Verkehr geben wird und das vom Stadtrat mit der Botschaft vorgelegte Verkehrskonzept nicht ausreicht. Auch der Stellungnahme der FC Aarau Frauen können wir nicht folgen. Wir finden, in diesem Punkt zeigt sich definitiv Handlungsbedarf. Die grundsätzliche Erweiterung der Spiel- und Trainingskapazität ist ein weiterer Punkt. Dass es in Aarau eine zusätzliche Kapazität braucht, ist für uns unumstritten. In diesem Zusammenhang kritisieren wir die Petitionärinnen und Petitionäre und die Gegnerinnen und Gegner, und vor allem den FC Rohr, welche klar monieren, dass es keine zusätzliche Kapazität braucht. Bekanntlich hat Rohr mit Aarau fusioniert, was für uns heisst, dass das Bedürfnis der ganzen Stadt wichtiger ist. Auch Rohr muss dazu einen Beitrag leisten. Ein Quartierdenken erachten wir als falsch. Für uns wirft das Projekt sehr viele Fragen auf. Es existieren viele Missverständnisse zwischen der Stadt, den Anwohnerinnen und Anwohnern und den direkt Betroffenen. Deshalb stimmt die grüne Fraktion auch für eine Rückweisung. Wir sehen den Vorteil der geforderten Rückweisung von Pro Aarau, EVP/EW, GLP nicht ganz, deshalb unterstützen wir den Rückweisungsantrag der FGPK. Es gibt aber ein grosses ABER. Wir sind überzeugt, dass es eine Erneuerung dieser Sportanlage braucht. Das WIE ist einfach entscheidend. Damit eine gute Lösung erreicht werden kann, ist es wichtig, dass sich sämtliche Betroffenen an einen Tisch setzen und angehört werden. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er die Bedürfnisse abholt und versucht einzubauen. Wir erwarten aber auch von den Gegnerinnen und Gegnern, dass sie bereit sind, Kompromisse einzugehen, wie dies im Gespräch bereits signalisiert wurde.

Jürg Schmid, Mitglied: Für mich ist die Vorlage ein exemplarisches Beispiel eines lokalpolitischen Systems in der Schweiz. Der Stadtrat hat ein Anliegen von Vereinen im Bereich Sport aufgenommen. Mit der anstehenden Sanierung und einem damit verbundenen Kapazitätsausbau einer in die Jahre gekommenen Sportanlage liegt eine Gesamtlösung auf der Hand. Das Parlament ist vom Bedarf überzeugt und erteilt den Auftrag zur Ausarbeitung eines Projekts. Erst mit Vorliegen des jetzt ausgearbeiteten Projekts mit Antrag erhalten weitere betroffenen Parteien, wie Anwohner, Grundstückseigentümer, Kirche, Jäger, Schule etc., die konkreten Informationen, um mögliche Auswirkungen abzuschätzen. Diese formieren sich und geben zu einem vermeintlich späten Zeitpunkt wichtige weitere Inputs, welche es bei der Beurteilung des Gesamtprojektes zu berücksichtigen gilt. Heute stehen wir genau an diesem Punkt. Diese Inputs lassen den Vorschlag des Stadtrates in einem anderen Licht erscheinen. Sie stellen ihn damit direkt in Frage. Beinahe 2000 Unterschriften sind für die Forderungen der IG Winkel Rohr ein starkes Zeichen. Es stellt sich die Frage, weshalb man nicht früher von all diesen Informationen von Betroffenen erfahren hat, um damit eine vermeintliche Zusatzrunde einzusparen. Ich kenne die Lösung nicht. Die Wege unseres politischen Milizsystems und die direkte Demokratie sind - Alexander Umbricht hat dies kürzlich an einer Sitzung meines Wissens schon angesprochen - nicht immer effizient und auch nicht immer direkt. Es wird aber mit verschiedenen Umwegen sichergestellt, dass eine mehrheitsfähige und somit eine von vielen getragene Lösung herauskommt. Die SVP-Fraktion hat sich eingehend mit der vorliegenden Botschaft auseinandergesetzt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Vorlage - unter Berücksichtigung der Gesamtumstände im Gebiet Sportplatz Winkel - den Ausbau des Fussballs leider viel zu hoch und zu einseitig berücksichtigt. Die damit verbundenen Einschränkungen, im Vergleich zur heutigen offenen Anlage, beurteilen wir als zu gravierend. Die mit dem Ausbau verbundenen, massiv zunehmenden, störenden Immissionen, wie Mehrverkehr, Lärm, Ausweitung der Betriebszeiten im Winter, künstliches Licht, überladen unseres Erachtens das Projekt für viele Betroffenen. Schlussendlich ist man dem Auftrag des Einwohnerrates vom Januar 2020, eine günstigere Lösung auszuarbeiten, nicht nachgekommen. Wir unterstützen deshalb den offeneren Rückweisungsantrag der FGPK. Das Projekt Erneuerung Sportplatz Winkel, und insbesondere der Umfang des Kapazitätsausbaus für den Fussball, soll nochmals überarbeitet und dem Einwohnerrat eine neue Lösung vorgelegt werden. Dabei sollen die Anliegen der Anwohner und weiterer betroffener Interessengruppen, wie



Schule, Kirche, Jäger, Grundstückeigentümer, auch hinsichtlich der Baulandreserve im Hinterfeld, etc., sowie selbstverständlich auch der heute ansässigen und möglichen Sportvereine, die den Platz künftig nutzen wollen, ausgewogener mitberücksichtigt werden. Sollte nach der gefundenen Lösung für den Sportplatz Winkel weiterhin ein Ausbau der Fussballtrainingskapazität erforderlich sein, sind besser geeignete, alternative Standorte in Aarau zu prüfen oder auch mit den umliegenden Gemeinden abzuklären.

Andrea Dörig, Mitglied: Um es vorweg zu nehmen und es war ja auch unlängst in der Zeitung zu lesen, wird die SP-Fraktion den Rückweisungsantrag grossmehrheitlich unterstützen. Dabei stellt sich nicht die Frage, welcher Rückweisungsantrag unterstützt werden soll, denn schlussendlich unterstützen wir bei einer Rückweisung die Überarbeitung dieses Projekts. Aus unserer Sicht sieht man nicht wirklich einen Unterschied zwischen den Rückweisungsanträgen der FGPK und GLP, EW/EVP, Pro Aarau. Der Antrag der FGPK ist ergebnisoffener, was eher unserer Vorstellung entspricht. Vieles wurde bereits gesagt. Unsere Argumentation folgt im Sinne der Fraktion der Grünen. Die Mehrheit der SP-Fraktion wertet das vorliegende Projekt, isoliert betrachtet, als ein gutes Projekt. Ein solches Unterfangen muss jedoch immer im Kontext mit der Umgebung, der Benutzerschaft, den Anwohnern, der Verkehrssituation und anderen betroffenen Bevölkerungsgruppen betrachtet werden. Wir sind der Meinung, dass einigen Punkten zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Obwohl wir uns bewusst sind, dass der Ausbau der Anlage freie Kapazitäten in den Turnhallen schafft und dies somit anderen Vereinen zugutekommt, wird im vorliegenden Projekt der Fokus zu stark auf die Bedürfnisse des Fussballs, und viel zu wenig auf die Bedürfnisse aller Betroffenen, gelegt. Durch die Rückweisung verlieren wir höchstens etwas Zeit. Andererseits entsteht auch ein Gewinn. Dadurch entsteht die Hoffnung, dass ein Projekt entsteht, welches von möglichst vielen Betroffenen mitgetragen wird. Gerne mache ich noch eine futuristische Anmerkung meinerseits. Wie wäre es, wenn wir Sportmöglichkeiten auf den Dächern von zukünftig erbauten Häusern realisieren würden, wie das bereits in den Grossstädten vermehrt praktiziert wird. Eine Überlegung in diese Richtung wäre zum Erhalt von Freiflächen angebracht.

Lukas Häusermann, Mitglied: Rückblickend betrachte ich es als einen weisen Entscheid des Einwohnerrates, das im Januar 2020 vorgelegte Geschäft zu hinterfragen und nicht einfach abzusegnen. Mit dem Entscheid, zuerst das Bauprojekt auszuarbeiten und anschliessend eine konkrete Realisierung zu unterbreiten, hat der Einwohnerrat eine juristische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Anspruchsgruppen verhindern können und die Diskussion kann nun heute in einem viel konstruktiveren Rahmen geführt werden. Diese Erkenntnis können wir auch für weitere Bauprojekte mitnehmen. Aus Sicht der CVP-Fraktion bin ich nicht ganz so optimistisch wie meine Vorrednerinnen und Vorredner. Es reicht nicht, einfach mit den Anwohnern das Gespräch zu suchen und daraufhin eine gute Lösung zu finden, welche alle Betroffenen zufriedenstellt. Meines Erachtens muss der Stadtrat nochmals einen Neubeginn starten. Jürg Schmid hat es zutreffend ausgedrückt. Es liegt eine Bedarfsanalyse vor, die verschiedenen Ansprüche der Vereine sind bekannt und gleichzeitig ist eine sanierungsbedürftige Anlage im Winkel vorhanden, alles passt bestens zusammen. Nur hat man die Anwohner nicht miteinbezogen. Auch ist zu bedenken, dass ein Kunstrasenfeld ca. 5 Naturrasenfeldern entspricht, wenn man von der Nutzung ausgeht. Ob dies sinnvollerweise umsetzbar ist, daran habe ich meine Zweifel. Die Felder liegen schon sehr nahe an der Häuserzeile. Ich bin daher schon weniger optimistisch, dass man allen Ansprüchen gerecht werden kann. Ich finde es zudem schade, dass man den Bedarf der Sportvereine nicht mehr politisch diskutiert hat. Aus unserer Sicht besteht eine gewisse Diskrepanz zur FDP. Ich finde nicht zwingend, dass jedermann einen Sportverein gründen kann und die Stadt Aarau die Infrastruktur zur Verfügung stellen muss. Meines Erachtens braucht es eine Diskussion darüber, was wir überhaupt leisten können und auf welchem Niveau. Ich erwarte diesbezüglich, dass sich die Vereine untereinander austauschen. Etwas provokativ ausgedrückt, dass die FC Aarau Frauen vielleicht eher in der Super



League spielen als die FC Aarau Herren. Ich kenne das Verhältnis zwischen diesen Vereinen nicht. Vielleicht müsste man aber in diesem Bereich gewisse Denkmuster anpassen, so dass alle Platz haben. In diesem Sinne unterstützt auch die CVP den Rückweisungsantrag der FGPK. Dieser Antrag ist breiter abgefasst, weil man sich überlegen muss, ob man in diesem Projektierungsprozess einfach das Projekt anpassen kann, oder ob generelle Überlegungen angestellt werden müssen, um den Vereinen bessere Konditionen zu bieten. Aus unserer Sicht dürfte es schwierig sein, im Winkel eine Gesamtlösung zu finden und es wäre genauer abzuklären, ob eine Realisation bei anderen Standorten eher sinnvoll ist. Wir erwarten gespannt die neue Vorlage des Stadtrates.

Peter Roschi, Mitglied: Im Januar 2020 wurde dieses Projekt zurückgewiesen und liegt heute erneut vor. Es wurde dafür eine Projektdelegation bestimmt. Ich war als Mitglied des Einwohnerrates, zusammen mit Jürg Schmid, in dieser Projektgruppe vertreten. Auch ein Vertreter des FC Rohr wurde beigezogen. Ich muss an dieser Stelle betonen, dass dieses Projekt vom FC Rohr in dieser Kommission nie bestritten wurde. Es wurde immer gutgeheissen. Wenn wir jetzt das Anforderungsprofil der FGPK berücksichtigen, befinden wir uns in einem halben Jahr wieder an demselben Punkt mit Kosten von 4.5 oder 5.6 Mio. Franken. So geht das nicht. Wir müssen wieder auf Feld 1 zurückkehren und das Anforderungsprofil mit allen Betroffenen neu überdenken. Wenn dies nicht erfolgt und wir auf dem bestehenden Anforderungsprofil beharren, dann besteht keine Chance, Kosten zu sparen. Wenn man sich in der Kommission zu Wort meldete, wurde man auf das Anforderungsprofil hingewiesen, welches vom Stadtrat gutgeheissen wurde und auf welches nicht mehr Einfluss genommen werden kann. Deshalb ist es wichtig, ein Anforderungsprofil mit allen Beteiligten zu erstellen. Eine solche Vorgehensweise wäre auch bei anderen Vorhaben wichtig. Es stehen viele grosse Bauvorhaben bevor, namentlich ein 50 Mio. Frankenschulhausprojekt. Auch dort wäre es wichtig, mit denjenigen Personen das Gespräch zu suchen, die sich Tag und Nacht im Schulhaus aufhalten und nicht nur mit den Chefs. Für die FCA Frauen muss eine Lösung gefunden werden. Diese kann aber allenfalls auch irgendwo in der Region angestrebt werden. Warum prüft man nicht eine Lösung in den Nachbargemeinden Entfelden oder Küttigen? Wir sprechen vom Zukunftsraum. In diesem Bereich sollte doch etwas möglich sein. Noch kurz eine Äusserung zu den Jägern. Sie alle haben das Schreiben der Jäger erhalten. Ich weiss nicht, wer von Ihnen aktiver Jäger ist. Ich bin seit 20 Jahren mit der Jägerschaft verbunden, indem ich sie im Jagdhornblasen ausbilde. Die Schreiben stammen alle von Jagdhornbläsern, welche bei mir das Veto eingelegt haben. Wenn die Beleuchtung umgesetzt wird, strahlt diese bis zu 100 Meter in das Feld der Jäger hinein. Dann gibt es dort weniger Tiere. Der Pachtzins wird aufgrund der Anzahl Tiere bemessen, die geschossen werden können. Wenn sich dadurch weniger Tiere auf dem Feld und in diesem Revier aufhalten, wird aber der Pachtzins deswegen nicht reduziert. Dieser Umstand darf nicht ausser Acht gelassen werden. Man müsste mit diesen Personen das Gespräch suchen. Ich denke, wenn mit allen Betroffenen das Anforderungsprofil angepasst wird, sollte eine gute Lösung erreicht werden können.

Peter Jann, Mitglied: Die Voten haben sich offenbar bereits zu einer Grundsatzdiskussion entwickelt und nicht nur zu den beiden Rückweisungsanträgen. Deshalb möchte ich noch meine Punkte vorbringen. Ich finde das Votum von Peter Roschi sehr schön und es hat vieles ausgesagt. Wir hoffen, dass der Stadtrat die Situation einer möglichen Rückweisung als Denkpause nutzt, um bei der Neuauflage des Projektes zu überlegen, für welche Ziele und Zielgruppen welcher Standort geeignet ist. Dabei soll auch mit den Ortsbürgern ernsthaft über den Standort Schachen diskutiert werden. Im Weiteren sollte der Stadtrat bei der Suche nach geeigneten Standorten auch deutlich über die Gemeindegrenze nach Möglichkeiten suchen und nicht nur die naheliegenden Felder in Betracht ziehen. Je nach Stufe der Fussballspiele würde auch ein Schulhausfeld ausreichen. Ein anderer Punkt sind die Auflagen des Fussballverbandes. Darüber wurde bereits öfters diskutiert. Thema sind das Licht und die Beschallung. Meiner Meinung nach geht der Stadtrat zu viel auf diese



Auflagen ein. Die Stadt sollte in dieser Hinsicht aktiver auftreten und gegenüber dem Fussballverband deutlich machen, dass nicht alle Spezialwünsche so einfach akzeptiert werden können und nicht alles in Stein gemeisselt ist. Dass ein Widerstand möglich ist, haben Zürich und Winterthur, aber auch das kleine Wil, gezeigt. Diese Städte und Gemeinden haben mit dem Fussballverband das Gespräch gesucht. Andrea Dörig hat vorher eine abstruse Idee vorgebracht mit der Realisation von Sportfeldern auf den Dächern. Ich hätte eine ähnliche Idee, aber sie ist noch nicht ganz aktuell. Aber wenn der Stadtrat schon im Gespräch mit dem Fussballverband ist, könnte er auch - vor allem im Zusammenhang mit dem Profisport - die Gelegenheit nutzen und eine Beteiligung an den Fernsehgebühren einfordern. Schlussendlich finanziert die öffentliche Hand zum grössten Teil die Infrastrukturen. Zudem interessiert es mich, welche Lehren der Stadtrat jetzt für weitere, ähnlich gelagerte Sportinfrastrukturen aus dieser ganzen Geschichte gezogen hat

Daniel Siegenthaler, Stadtrat: Ich danke für die kritische, aber auch für die differenzierte Würdigung sowie für die Voten, welche verschiedene Ideen hervorgebracht haben. Diese werden vom Stadtrat aufgenommen und weiterverfolgt. Der Punkt von Sportanlagen auf den Dächern tönt zwar im Moment utopisch, aber wer weiss, vielleicht werden für solche Vorhaben entsprechende Dächer gefunden. Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen. Im Laufe des Jahres habe ich mich mit vielen Leuten und mit allen betroffenen Vereinen unterhalten. Ich besuchte die Generalversammlung des FC Rohr. Ich habe mit dem ehemaligen und dem jetzigen Vorstand der FC Aarau Frauen gesprochen. Auch mit dem HNK Adria. Es wurden zwei Infoveranstaltungen für die Anwohnerinnen und Anwohner im Dezember 2019 und im Juni 2020 abgehalten. Ich habe mich mit den Anwohnerinnen und Anwohnern am 22. Oktober 2020 zusammengesetzt. In einem respektvollen Ton haben wir uns unterhalten. Es hat sich in den letzten Monaten gezeigt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner zu wenig einbezogen wurden. Diese Tatsache bedaure ich zutiefst. Andere Anspruchsgruppen haben sich zum Teil erst über die Medien geäussert. Ich finde es schade, dass man nicht zuerst auf den Stadtrat zugekommen ist, um verschiedene Punkte klären zu können. Der Einwohnerrat hat im Januar 2020 dem Stadtrat Aufträge erteilt. Mit dem neuen Projekt konnten viele dieser Aufträge umgesetzt werden, leider nicht alle. Die Projektdelegation, bestehend aus zwei Einwohnerräten, der Verwaltung, Fachleuten und Nutzern, war daran beteiligt. Es wurde der Verzicht auf verfüllte Kunstrasenfelder mit Kostenvorteil gefällt. Es wurde die Erstellung einer PV-Anlage und die Begrünung des Erdwalls entschieden. Die Kosten sind unverändert geblieben, obwohl der Auftrag lautete, die Kosten zu senken. Insbesondere hinsichtlich der unverfüllten Kunstrasenfelder und, weil die Kosten des Garderobengebäudes deutlich höher ausfallen, weil das Volumen dieses Gebäudes und die technischen Einrichtungen unterschätzt wurden. Auf Widerstand stossen insbesondere die Dimension der Anlage mit zwei Kunstrasenfeldern sowie die Umzäunung des Areals und die Verkehrssituation. In diesen Fällen lohnt es sich, genau hinzusehen und diesbezüglich die Anregung, ein Verkehrskonzept auszuarbeiten, aufzunehmen. Es wurde auch erwähnt, dass der Bedarf an Fussballplätzen in Aarau gross ist. Diese Tatsache ist unbestritten. Fussball ist der weit verbreitetste Teamsport. In Aarau gibt es über 1000 Fussballspielerinnen und -spieler aus allen Schichten und allen Alterskategorien. Seit 2016 hat die Stadt Aarau einen Teamstop verfügt. Es können keine weiteren Teams bewilligt werden. Die Fussballteams haben aber dieselbe Berechtigung nach einer Infrastruktur, wie andere Sportarten auch. Ich habe gerade letzte Woche eine Anfrage eines anderen Vereins erhalten, welcher wissen möchte, wo die Junioren spielen könnten. Mit dem Kunstrasenbelag ist einerseits eine Winternutzung möglich und andererseits bietet dieser eine Entlastung der Halle, wie dies von Andrea Dörig bereits erwähnt wurde. Wie Sie wissen, sind auch die Hallen komplett ausgelastet. Zur Klärung stellt sich die Frage, wer nach Meinung des Stadtrates vorwiegend auf der Sportanlage Winkel spielen soll? Es ist der FC Rohr mit aktuell 10 Teams, der HNK Adria Aarau mit 2 Teams und neu der FC Aarau Frauen mit einem Aktiv-Team und drei Juniorinnen-Teams. Der neue Vorstand plant noch ein zusätzliches Juniorinnen-Team U13. Es sollte aus Sicht des Stadtrates möglich sein, einen Teil des zusätzlichen Bedarfs auf der Sportanlage Winkel abzudecken. Es wird aber nicht möglich



sein, den gesamten zusätzlichen Bedarf dort abzuwickeln. Es müssten andere Lösungen getroffen werden, was nicht einfach ist. Wir müssen ausloten, wo noch Kapazitäten und Optimierungen vorhanden sind. Die Umsetzung ist schwierig und wird auch mit einer regionalen Zusammenarbeit nicht einfacher, weil auch andernorts ähnliche Kapazitätsgrenzen bestehen. Als allfällige Entwicklungsmöglichkeit wird in der Botschaft ein Leistungszentrum aufgeführt. Im Moment ist das kein Thema, insbesondere auch nicht bei der aktuellen Führung des FC Aarau Frauen. Ich verstehe aber, dass dieser, in der Botschaft aufgeführte Punkt, bei den Anwohnerinnen und Anwohnern zu einer zusätzlichen Unsicherheit geführt hat. Bei der ganzen Anlage bestehen verschiedene Interessenskonflikte, wie das Bedürfnis nach Freiraum und Ruhe, das Bedürfnis nach einem ganzjährigem Fussballtraining, auch das Verhältnis des Stadtteils Rohr und der übrigen Stadt Aarau spielt dabei eine Rolle. Im Weiteren besteht die Abwägung der Förderung des Fussballs und anderer Bedürfnisse, wie Sport, Kultur, Gesellschaft. Auch ein alteingesessener Club könnte befürchten, das Vorrecht gegenüber neuen Nutzerinnen und Nutzern zu verlieren. Es braucht Kompromisse. Diese zu finden, wird nicht einfach sein. Ich bin aber überzeugt, dass wir einen gemeinsamen Weg finden werden. Der von der FGPK formulierte Auftrag nimmt die wichtigsten Punkten auf und kann eine gute Leitlinie für die weitere Bearbeitung dieses Projektes aufzeigen. Für den Stadtrat ist es wichtig, an diesem Ort eine konstruktive Lösung zu finden, unter Einbezug der verschiedenen Interessen und Perspektiven.

Thomas Richner, Präsident: Somit liegen zwei Rückweisungsanträge vor. Wir kommen zur Abstimmung über diese Rückweisungsanträge und über die Rückweisung. Ich schlage vor, zuerst die beiden Rückweisungsanträge einander gegenüberzustellen. Sie müssen sich somit für einen von beiden entscheiden. Anschliessend stimmen wir über die Rückweisung dieses Geschäfts mit dem entsprechend obsiegten Antrag der ersten Abstimmung ab.

Gegenüberstellung der Rückweisungsanträge

Antrag FGPK	38 Stimmen
Antrag Pro Aarau, EVP/EW, GLP	9 Stimmen

Somit hat der Antrag der FGPK obsiegt und wir gelangen mit dem Rückweisungsantrag der FGPK zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Geschäft wird an den Stadtrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, das Projekt "Erneuerung Sportanlage Winkel" zu überarbeiten und dabei eine Balance zwischen den Bedürfnissen der Anwohner und des Sports (insbesondere Frauenfussball), unter Berücksichtigung von ökologischen und ökonomischen Interessen zu suchen.

Somit entfällt die materielle Behandlung dieses Geschäfts und die Abstimmung über diesen Kredit.



Traktandum 4
GV 2018 - 2021 / 172

Corona-Virus 2020; Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds; Verlängerung des Verzichts auf Gebühren für Aussenflächen

Thomas Richner, Präsident: Mit Botschaft vom 2. November 2020 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Die Änderung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grunds (Anhang 1) wird gutgeheissen.

Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 10. November 2020 besprochen. Ich bitte Kommissionsprecher Daniel Ballmer um das Kommissionsreferat.

Daniel Ballmer, Mitglied: Die Auskunftspersonen haben die Diskussion mit einem kurzen Lagebericht zur Pandemie eingeleitet. Die zweite Welle des Corona-Virus ist inzwischen in der Stadtverwaltung angekommen mit elf Fällen zum Zeitpunkt der FGPK-Sitzung. Zum Glück sind es lediglich Einzelfälle. Deshalb sind verschiedene Massnahmen im Rathaus und in der Verwaltung verschärft worden und es wurden zusätzliche Gratisparkplätze für Menschen angeboten, die den ÖV entlasten möchten. Von einer generellen Maskenpflicht in der Innenstadt wurde abgesehen. Zusammen mit den Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzern in der Innenstadt hat die Stadt besprochen, dass es sinnvoll wäre, die Massnahmen aus der ersten Welle zu verlängern und bis Ende April 2021 auf die Nutzungsgebühren für den öffentlichen Grund zu verzichten. Die Kommission wollte - wie im Frühjahr schon - wissen, weshalb nicht eine allgemeine Ermächtigung für den Stadtrat im Reglement festgehalten wird. Die Antwort wird erneut damit begründet, dass es sich um eine einmalige Situation handelt. Ebenso tauchte die Frage auf, ob es für Altstadtbeizen mit dieser Regelung möglich wäre, Zelte etc. aufzustellen. Die Auskunftspersonen entgegneten klar, dass fixe Zelte oder Häuschen, welche über mehrere Monate stehen bleiben, nicht ermöglicht würden. Solche wären für die Durchfahrt nicht ideal und sie würden wohl auch auf Widerstand der Nachbarn stossen. Eine weitere Frage lautete, ob Beizen mit Sitzplätzen auf privatem Grund durch das Reglement, gegenüber denjenigen mit Sitzplätzen auf öffentlichem Grund, nicht ungleich behandelt würden. Die Auskunftspersonen betonten, dass auch diese Beizen ein Gesuch für Sitzplätze auf öffentlichem Grund stellen könnten. Alle, welche eine entsprechende Baubewilligung haben oder eine verlangen, werden gleichbehandelt. Aus der Kommission kam die Frage auf, weshalb die Regelung nicht gleich bis Ende Oktober 2021 verlängert würde, um die Beizen damit zusätzlich zu entlasten und ihnen dadurch mehr Planungssicherheit zu geben. Alois Debrunner hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Der zusätzliche Gebührenaussfall - wenn die Regelung so verlängert würde - wäre gemäss den Auskunftspersonen um Fr. 150'000.00. Daraufhin folgte ein Gegenantrag von Simon Burger. Er verlangt, statt einer fixen Verlängerung, den Stadtrat zu ermächtigen, diesen Gebührenverzicht nach Bedarf weiter zu verlängern, ohne den Einwohnerrat nochmals einbeziehen zu müssen. Die Auskunftspersonen haben diese Alternative begrüsst und betont, dass es sich im Sommer um grosse Beträge handelt und dass man jetzt noch nicht wissen könne, wie die Corona-Situation im nächsten Sommer aussieht. Im Sommer 2020 haben viele Gastrobetriebe mehr Einnahmen generiert als in den Vorjahren, weil mehr Aarauerinnen und Aarauer in Aarau geblieben sind. Die beiden Anträge sind schlussendlich einander gegenübergestellt worden. Der Antrag von Simon Burger wurde mit 7 : 4 Stimmen bevorzugt und einstimmig verabschiedet. In der Schlussabstimmung ist dieses Geschäft mit der entsprechenden Abänderung ebenfalls einstimmig befürwortet worden.



Thomas Richner, Präsident: Damit verlangt die FGPK eine Ergänzung mit dem

Antrag

§ 17 Abs. 2 neu: Der Stadtrat wird ermächtigt, den Gebührenerlass bis längstens 31. Oktober 2021 zu verlängern.

Somit gelangen wir zur Diskussion über dieses Geschäft.

Matthias Zinniker, Mitglied: Das Jahr 2020 war für das Gewerbe und die Gastronomie äusserst hart und dieser Zustand hält an. Erfreulicherweise haben viele Betriebe in den letzten Wochen nicht nochmals schliessen müssen. Umsatzeinbussen gab es aber ohnehin. Die Bevölkerung ist mit gutem Grund und zu Recht vorsichtiger und begibt sich weniger ausser Haus. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt in dieser Krise einen Beitrag leistet. Die FDP-Fraktion hat deshalb den Antrag des Stadtrates zur Verlängerung des Verzichts auf Gebühren für Aussenflächen sehr positiv aufgenommen und wird diesem auch zustimmen. Verkaufsgeschäfte und Restaurants haben viel Energie, Aufwand und Geld aufgewendet, um zuverlässige Schutzkonzepte auf die Beine zu stellen. Dies ist an vielen Orten hervorragend umgesetzt worden. Eine Verlängerung des Gebührenverzichts für Aussenflächen ist auch deshalb zu begrüssen, weil das Ansteckungsrisiko bekanntlich an der frischen Luft geringer ist. Dass die Bewirtung in einem Restaurant vorwiegend im Freien stattfindet, ist in den Wintermonaten wahrscheinlich etwas abwegiger, aber es kann ab dem Frühjahr bereits wieder anders aussehen. Der Antrag der FGPK gibt dem Stadtrat zudem die Möglichkeit, im Frühjahr - basierend auf der dann aktuellen Lage - auch für weitere Monate auf die Gebühren zu verzichten. Damit wird eine schnelle und situationsadäquate Reaktion ermöglicht. Wir werden deshalb dem Antrag der FGPK zustimmen und hoffen natürlich, dass die Bevölkerung auch weiterhin die lokalen Geschäfte so gut als möglich unterstützen wird.

Max Suter, Mitglied: Geschlossene Clubs, Feierabend um 23 Uhr, Öffnungszeiten teilweise nur noch von Donnerstag bis Samstag, Flaute in den Geschäften, abgesagte Veranstaltungen und Umsatzbussen von bis zur Hälfte oder teilweise noch mehr. Die ganze Corona-Situation hat sich nicht verbessert, sondern leider noch verschärft und so gelten für das Gewerbe weiterhin einschneidende Massnahmen. Wenn wir einen Beitrag für eine Verbesserung leisten können, müssen wir dies auch tun. Dass der Stadtrat nach Ablauf der Ausnahmeregelung Covid 19 jetzt mit diesem Antrag an den Einwohnerrat gelangt, erscheint uns sinnvoll und richtig. Auch einen Gebührenerlass bis 30. April 2021 mit der Ermächtigung, diesen je nach Situation bis am 31. Oktober 2021 zu verlängern, erachten wir als eine gute und zweckmässige Lösung. Die SVP unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Es freut mich, dass das Anliegen so gut unterstützt wird. Wir alle wissen, dass die Corona-Situation nicht vorbei ist. Eine Verlängerung der im Sommer getroffenen Regelung für die Sommer- und Übergangszeit ist auch aus unserer Sicht sehr sinnvoll. Wir nehmen den Ergänzungsantrag der FGPK gerne entgegen, womit gegebenenfalls die Verlängerung bis am Ende der Übergangszeit nach der nächsten Sommersaison bestimmt werden kann. Uns ist es wichtig, dass die Regelung dazu führt, dass für alle Bereiche, die öffentlich genutzt werden, der Gebührenerlass bezogen werden kann, sowohl für Gastrobetriebe, aber auch für gewerbliche Betriebe. Die Regelung gilt für das ganze Stadtgebiet. Heute Nachmittag haben wir an der Stadtratssitzung entschieden, die Regelung für die Gewährung kleinerer Kredite für Firmen zu ergänzen, damit auch mittelgrosse Betriebe, die aktuell von Corona betroffen sind, aus dem zur Verfügung gestellten Topf bis Fr. 100'000.00 nachrangige Kredite bei der Stadt beziehen können. Wir werden morgen darüber kommunizieren. Der Topf bleibt aber mit 1.5 Mio. Franken unverändert. Es freut mich, dass dieses Geschäft so positiv aufgenommen wurde.



Thomas Richner, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Zuerst stimmen wir über den Ergänzungsantrag der FGPK ab und anschliessend dann über den stadträtlichen Antrag mit oder ohne Ergänzung.

Ergänzungsantrag der FGPK

§ 17a Abs. 2 neu: Der Stadtrat wird ermächtigt, den Gebührenerlass bis längstens am 31. Oktober 2021 zu verlängern.

Beschluss

Der Ergänzungsantrag der FGPK wird einstimmig gutgeheissen.

Somit kommen wir zur

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Das Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grunds wird wie folgt geändert:

§ 17a Abs. 1: Für Boulevardrestaurants sowie für zu einem Verkaufsgeschäft gehörende Angebote wie Stände, Kleiderrechen oder Werbeständer mit Eigenwerbung sind vom 1. März 2020 bis 30. April 2021 keine Benützunggebühren gemäss Gebührentarif (Anhang 1) geschuldet.

§ 17a Abs. 2: Der Stadtrat wird ermächtigt, den Gebührenerlass bis längstens am 31. Oktober 2021 zu verlängern.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 5
GV 2018 - 2021 / 141

Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Pascal Benz (FDP) "Strategie für E-Mobilität in Aarau"

Thomas Richner, Präsident: Am 11. Mai 2020 hat Einwohnerrat Pascal Benz (FDP) das Postulat "Strategie für E-Mobilität in Aarau" eingereicht. Mittels des vorliegenden Postulats möchte er den Stadtrat beauftragen, eine Strategie zur Elektromobilität zu erarbeiten. Die Strategie soll unter anderem folgende Punkte erfassen:

1. *Planung eines Netzes aus Ladestationen für Elektroautos in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern.*
2. *Berücksichtigung der gesteigerten Nachfrage nach Elektrizität bei der Planung und Auslegung von Versorgungsleitungen in der Stadt Aarau.*

Mit Botschaft vom 14. September 2020 nimmt der Stadtrat ausführlich zum Postulat Stellung mit folgendem

Antrag

Das Postulat "Strategie für E-Mobilität in Aarau" sei zu überweisen.

Ich bitte Pascal Benz um Begründung des Postulats.

Pascal Benz, Mitglied: Der Stadtrat hat in seiner Antwort versprochen, die Ausarbeitung dieser Energie-Strategie an die Hand zu nehmen. Ziel meines Postulats war, den Stadtrat an diese Strategie zu erinnern, denn ich hatte den Eindruck, dass er dieses Thema vernachlässigt hat. Für mich, und wohl auch für Sie, dürfte es mittlerweile klar sein, dass das Strassenbild in spätestens 10 Jahren von dieser Art Mobilität dominiert wird und wir besser heute, als erst in fünf Jahren, beginnen, die Strategie auszuarbeiten. Deshalb können Sie gerne der Empfehlung des Stadtrates folgen und das Postulat unterstützen und damit der Verwaltung und der Stadt den Auftrag geben, die Strategie jetzt umzusetzen.

Thomas Richner, Präsident: Wir eröffnen die Diskussion über dieses Geschäft.

Urs Winzenried, Mitglied: Die SVP dankt dem Stadtrat für die kurze und klare Botschaft im Zusammenhang mit dem Postulat von Pascal Benz. Die SVP-Fraktion unterstützt grundsätzlich auch die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens, welche eine Reduktion der CO₂-Emissionen vorsieht. Die SVP erachtet es als sinnvoll, dass die Stadt Aarau die geplante Elektromobilitätsstudie, aufgrund der laufenden Überarbeitung der übergeordneten städtischen Klimastrategie, bis zum Abschluss der Klimastrategie, welche noch in diesem Jahr erfolgen soll, zurückstellt. Die SVP begrüsst das Vorhaben des Stadtrates, in die geplante Elektromobilitätsstrategie alle Aspekte der Elektromobilität - und nicht nur das Auto - aufzunehmen. Die SVP teilt im Übrigen auch die Ansicht des Stadtrates, dass eine langfristige, prospektive Netzplanung zentral ist und dass im Zusammenhang mit der Elektromobilität auch andere Fragen zu prüfen sind, wie Elektrifizierung der Wärmeversorgung. Zu Recht ist auch die Eniwa in das Projekt mit eingebunden. Die Planung wird ermöglichen, in Zukunft Aussagen über den Finanzbedarf dieser Situation, die Entwicklung der künftigen Infrastruktur und über Fortschritte der zu erwarteten Technologie zu machen. Ein gutes



Lademanagement ist sicher Teil dieses Projekts. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion einstimmig den Antrag des Stadtrates auf Überweisung dieses Postulats.

Lukas Häusermann, Mitglied: Ich richte von Seiten der CVP noch einen Wunsch an den Stadtrat. Wenn man das Thema E-Mobilität wirklich unterstützen und forcieren möchte, müsste man sich auch Fragen stellen zu Dauermieterparkplätzen und Anschlüssen in Mietwohnungen oder in Bürogebäuden und nicht einfach von Schätzungen von Elektrofahrzeugen ausgehen und in der Stadt verteilte Ladesäulen aufstellen. Das Problem besteht vordergründig im Laden der Fahrzeuge zu Hause oder am Arbeitsplatz. Insofern wäre dies die spannendere und herausfordernde Aufgabe für den Stadtrat, mit welcher er sich - zusammen mit der Eniwa als Netzbetreiberin - beschäftigen sollte.

Werner Schib, Vizeammann: Ich bedanke mich für die Unterstützung dieses Postulats, nicht für den Anstoss, diesen brauchen wir nämlich nicht. Wir werden das Geschäft ab Ende 2020 angehen.

Thomas Richner, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Das Postulat "Strategie für E-Mobilität in Aarau" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 6
GV 2018 - 2021 /150

Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Silvano Ammann (FDP) "Buvetten für Aarau"

Thomas Richner, Präsident: Am 3. Juni 2020 hat Einwohnerrat Silvano Ammann (FDP) das Postulat "Buvetten für Aarau" eingereicht mit folgenden

Anträgen

1. *Der Stadtrat zeigt mögliche Standorte auf, an denen Buvetten in Aarau entstehen können.*
2. *Der Stadtrat erarbeitet ein Konzept, um Buvetten in Aarau zu ermöglichen und zeigt auf, welche allfälligen baulichen Massnahmen notwendig wären und welches Ausschreibungsverfahren bzw. Bewilligungsverfahren angewendet werden könnte.*

Mit Botschaft vom 19. Oktober 2020 nimmt der Stadtrat zum Postulat Stellung und stellt dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgenden

Antrag

Das Postulat "Buvetten für Aarau" sei zu überweisen.

Zuerst übergebe ich das Wort an den Postulanten Silvano Ammann.

Silvano Ammann, Mitglied: Dieser Sommer hat es gezeigt! Nach dem ersten Lockdown und der wiedergewonnenen Freiheit war das Aareufer ein beliebter Ort zum Verweilen, Flanieren und zum Geniessen. Mit dem Postulat erhoffen wir uns, diese Aufenthaltsqualität noch positiver gestalten zu können. Trotz den Abstandsregeln waren nämlich die beiden Aarebeizen sehr gut besetzt und hungrige und durstige Passanten mussten weiterziehen. Ein bisschen überrascht war ich deshalb über einen kürzlich in der AZ erschienenen Artikel, wonach erst eine Bewerbung für ein drittes Sommerrestaurant eingegangen ist. In der jetzigen Pandemiezeit kann ich aber alle Gastrobetreiber verstehen, welche zum heutigen Zeitpunkt kein weiteres Risiko für ein Restaurant mit bis zu 250 Plätzen eingehen möchten. Genau aber auch aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass Buvetten eine ideale Ergänzung zum bestehenden Angebot wären. Buvetten sind kleiner, günstiger, benötigen nicht so viel Platz und können von wenigen Personen geführt werden. Das Risiko wird dadurch kleiner. Wenn ich mich mit Kollegen oder jüngeren Personen über diese Idee unterhalte, spüre ich meistens eine Begeisterung und sie können sich sehr gut vorstellen, so etwas auch einmal auszuprobieren. In der Antwort des Stadtrates, und auch in meinem Postulat, wird noch auf verschiedene Punkte eingegangen, welche bei der Erweiterung eines solchen Gastroangebotes unbedingt zu beachten sind und ein solches Konzept erst recht rechtfertigen. Das Aareufer soll weiterhin als Naherholungsraum genutzt werden können. Die verschiedenen ökologischen Werte sind einzigartig in der Stadt und müssen erhalten bleiben. Auch ich nutze den Raum mit Joggen und Spaziergängen entlang der Aare. Auch ich nerve mich über den herumliegenden Abfall. Deshalb müssen zukünftige Buvettenbetreiber unbedingt dazu verpflichtet werden, ihre Umgebung sauber zu halten. In diesem Sinne dankt die FDP dem Stadtrat für die positive Aufnahme dieses Postulats und der Empfehlung zur Überweisung. Wir möchten uns dieser Empfehlung anschliessen.



Libero Taddei, Mitglied: Wenn ich am morgen früh zwischen fünf und halb sieben Uhr, zu einer an der Aare noch wenig bevölkerten Zeit, mit meinem Hund der Aare entlang spaziere, begegne ich nicht vielen Leuten. Ich stelle aber fest, sobald es wieder wärmer wird, wie gross Littering ist. Samstags und sonntags, wenn unsere Stadt langsam erwacht, sehe ich die fleissigen Hände der Mitarbeiter des Stadtbauamtes, welche dort für Ordnung sorgen und veranlassen, dass das Gebiet vom Abfall befreit wird und wieder gut aussieht. Es ist kaum abzuschätzen, wie viele Mannstunden bereits heute für diese Arbeit eingesetzt werden. Bei einer Erweiterung des Angebots wird es sicher auch mehr Belastung geben. Es ist Tatsache, dass es auch immer Menschen gibt, welche, wenn sie etwas zu viel getrunken haben, auch Glas zerschlagen. Die Gestaltung muss so erfolgen, dass die Natur und die Tiere auch weiterhin ihren Schutzraum haben. Man weiss, dass sich der Biber weiter Aare abwärts verschoben hat. Die Bäume wurden inzwischen geschützt, aber auch die Biber werden wieder Junge haben. Wir wissen, wie ein Biber reagieren kann, wenn er die Jungen beschützt. Dies sind alles Aspekte, die nicht ausser Acht gelassen werden dürfen. Mit dem Vorhaben, eine weitere Gastronomiestätte im Sommer zu errichten, sind wir auf der einen Aareseite recht gut abgedeckt. Auf der anderen Kraftwerkseite - Richtung Arenau - gibt es natürlich noch andere Möglichkeiten. Es wird nicht einfach sein, alles in Einklang zu bringen. Wie der Stadtrat in seiner Formulierung sehr gut beschrieben hat, werden in diesem Gebiet auch zusätzliche Toi Toi oder andere Sanitäreanlagen benötigt, denn die Hinterlassenschaften sind unweigerlich auch zu sehen. Vor allem dieses Jahr hat man festgestellt, dass das Bedürfnis, sich im Freien aufhalten zu können, gross war. Immer mehr Leute strömten in den Schachen. Es war vorbildlich, wie schnell der Stadtrat reagierte und den Badi-Parkplatz auf das Frühjahr hin geöffnet hat, ansonsten hätte ein Parkierchaos im Schachen geherrscht. Es ist verständlich, dass das Bedürfnis vorhanden ist, etwas zu trinken oder eine Glace zu essen. Bei der Bewilligungserteilung wird es für die Verwaltung oder die Gewerbepolizei nicht einfach sein, das richtige Mass zu finden. Wir glauben, der Stadtrat und die Gewerbepolizei werden das Problem gut meistern. Die SVP-Fraktion wird dem Postulat einstimmig zustimmen unter der Berücksichtigung, dass dafür gesorgt wird, dass sich die Natur und die Menschen weiterhin verträglich bewegen können.

Barbara Schönberg von Arx, Mitglied: Wir verstehen die Anliegen der Postulanten und der Wunsch nach einer Belebung des Naherholungsgebiets von Aarau. Verglichen mit anderen Städten an der Aare bietet Aarau wenig Infrastruktur für Freizeit und Erholung. Andererseits gilt es aber auch, die Ressourcen der Natur und des ökologischen Raums zu schützen, zu erhalten und zu pflegen. In diesem Spannungsfeld möchten wir die Stadt entwickeln. Wenn schon ausbauen, dann mit einer nachhaltigen und strukturellen Entwicklung über das ganze Jahr. Der Naherholungsraum soll nicht nur im Sommer für Plausch und Spass zur Verfügung stehen. Man sollte versuchen, den Raum über das ganze Jahr hinweg zu entwickeln. Deshalb möchten wir keine auf- und abbaubare Buden erstellen, sondern den Raum nachhaltiger entwickeln.

Beatrice Klaus, Mitglied: In seiner Botschaft gibt der Stadtrat zu bedenken, dass neben den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen an Buvetten und saisonalen Gastronomiebetrieben am Aareufer auch ein Bedarf an (konsum-)frei nutzbaren Erholungs- und Spielflächen besteht. Ausserdem würden am Aareufer verschiedene ökologische Werte, wie naturnahes Ufer, Brutstellen und Baumbestand bestehen, welche aus ökologischer Sicht, wie auch hinsichtlich des Stadtklimas, zu berücksichtigen sind. In unmittelbarer Nähe des Aareufers bestehen wertvolle Naturschutzgebiete. Zusätzlich nehmen die Mobilitätsbedürfnisse auf dem beschränkten Uferraum und die Entsorgung von Abfall zu. Die Bedenken von weniger Freiraum, zunehmender Beeinträchtigung des naturnahen Raums und mehr Abfall haben mich überzeugt. Wenn ich den Textanfang lese, weiss ich normalerweise, was der Stadtrat mit seiner Botschaft aussagen möchte. Ich war überzeugt, dass dies auch bei der vorliegenden Botschaft der Fall sein wird. Umso mehr überraschten mich die Zeilen auf Seite 2 der Botschaft. Dort ist zu lesen, dass der Stadtrat das Anliegen der



Erarbeitung eines Buvettenkonzepts für den Aareraum unterstützt. Das Aareufer zwischen dem Süffelsteg und dem Summertime ist ein beliebter Spazierweg und ein wichtiger Freiraum in unserer Stadt. Manchmal wird es auf diesem Weg auch richtig eng. Mit der Schwanbar und dem Summertime bestehen im Sommer jetzt schon zwei Angebote, um einkehren zu können. Eine dritte Möglichkeit ist geplant. Buvetten am Aareufer wären zu viel. Wenn in der Antwort des Stadtrates davon die Rede ist, dass ein Konzept auch Rahmenbedingungen für Parkierung, Toiletten und Abfallentsorgung aufzeigen soll, wird klar, dass die ökologischen Folgen von Buvetten am Aareufer nicht zu unterschätzen sind. Ausserdem würden sich diese in nächster Nähe zur Altstadt befinden und die dortigen Restaurants konkurrenzieren. Das Aareufer soll ein Freiraum bleiben, bei welchem nicht der Konsum im Vordergrund steht, sondern die Erholung. Die SP-Fraktion hat grundsätzlich nichts gegen Pop-up-Beizen einzuwenden. Solche finden wir am richtigen Ort sogar richtig gut. Das Aareufer aber ist keine gute Lage. In diesem Sinne wird eine Mehrheit der SP-Fraktion die Überweisung des Postulats "Buvetten in Aarau" ablehnen.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Meine Vorrednerin hat das ganze Spannungsfeld dieses Vorschlags aufgezeichnet. Deshalb war es uns wichtig, in der Beantwortung des Postulats zum Ausdruck zu bringen, dass man das Thema Buvetten nicht isoliert betrachtet, sondern ein Gesamtbild der verschiedenen Aspekte des heiklen Aareraums wiedergeben möchte. Wir haben auch aus der Bevölkerung Vorschläge erhalten, wie man das Aareufer gestalten könnte, namentlich vom Bachverein, welcher eine sehr ausführliche Eingabe eingereicht hat und welche von der Stadt bearbeitet wird. Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass es nur Sinn macht, wenn das Projekt in einem Gesamtrahmen beurteilt und ein Konzept entwickelt wird, welches allen Bedürfnissen, namentlich auch den naturnahen und naturgeschützten sowie tierschützenden Zonen nachkommt und der Aareraum nicht nur als Naherholungsraum zu verstehen ist. Wir wollen nicht heute schon aussagen, wie das Konzept am Schluss aussehen soll und wo was genau realisierbar und sinnvoll ist. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der Einwohnerrat dann darüber befinden, ob ein solches Angebot Sinn macht. Es ist wichtig, dass man alle Aspekte dieser komplexen Geschichte nicht nur als Einzelphänomen betrachtet, sondern als Gesamtbild. Ich bedanke mich für den Hinweis und die kritischen Bemerkungen, welche in der weiteren Bearbeitung dieses Vorstosses berücksichtigt werden.

Thomas Richner, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Buvetten für Aarau" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 7
GV 2018 - 2021 / 145

Beschlussfassung über die Überweisung der Bürgermotion von Philippe Kühni "Stilllegungsplanung des Aarauer Gasnetzes"

Thomas Richner, Präsident: Am 19. Mai 2020 hat Philippe Kühni die Bürgermotion "Stilllegung des Aarauer Gasnetzes" eingereicht. Diese Motion hat er mit Mail vom 19. November 2020 zurückgezogen. Der Motionär wird eine neuformulierte Motion zu diesem Thema einreichen. Somit ist dieses Traktandum für heute erledigt. Ich schlage vor, auf eine Diskussion zu verzichten, ausser, wenn jemand einen Antrag stellen würde. Das ist nicht der Fall.



Traktandum 8
GV 2018 - 2021 /155

Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Stefan Zubler (FDP) und Peter Jann (GLP) "Mehr Bäume und weniger Teer - effektive Hitzeminderung für die Stadt Aarau"

Thomas Richner, Präsident: Am 30. Juni 2020 haben Einwohnerrat Stefan Zubler (FDP) und Einwohnerrat Peter Jann (GLP) das Postulat "Mehr Bäume und weniger Teer - effektive Hitzeminderung für die Stadt Aarau" mit einigen Mitunterzeichnern eingereicht mit folgenden

Anträgen

Antrag 1

Der Stadtrat wird gebeten, ein Konzept vorzulegen, wo, wie und mit welcher Priorisierung auf dem Stadtgebiet Alleen und Baumgruppen im Strassenraum zu realisieren wären. Im Falle von Kantonsstrassen muss dabei die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachstellen des Kantons erfolgen. Dabei ist auch das Aufbrechen der versiegelten Flächen zu prüfen.

Antrag 2

Der Stadtrat wird gebeten, bei städtischen Strassenbauprojekten und in der Zusammenarbeit mit dem Kanton, bei der Auswahl des Strassenbelags systematisch mögliche Auswirkungen der Hitzeabstrahlung zu berücksichtigen und, wenn immer möglich, diejenige Variante zu wählen, die zu geringerer Hitzeentwicklung führt.

Antrag 3

Der Stadtrat wird gebeten, bei städtischen Strassenbauprojekten und in der Zusammenarbeit mit dem Kanton, wenn immer möglich auf die Versiegelung von Restflächen zu verzichten, bzw. diese rückgängig zu machen. Anstelle der Versiegelungsflächen können Ruderalflächen mit geringem Pflegeaufwand und hohem Wert für die Biodiversität realisiert werden.

Mit Botschaft vom 2. November 2020 nimmt der Stadtrat zum Postulat Stellung und unterbreitet dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Das Postulat "Mehr Bäume und weniger Teer - effektive Hitzeminderung für die Stadt Aarau" sei zu überweisen.

Zuerst übergebe ich das Wort an die Postulanten.

Stefan Zubler, Mitglied: Im Namen der Postulanten und auch der ganzen FDP-Fraktion möchte ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die wohlwollende Aufnahme unseres Postulats und der erarbeiteten Botschaft danken. Der Sommer 2020 war hinsichtlich der Temperaturen wechselhaft. Deshalb haben wohl einige den Eindruck gewonnen, dass dieser Sommer nicht besonders heiss ausfiel. Tatsache ist jedoch, dass auch dieses Jahr die Temperaturen ca. 1 Grad über der Norm der Jahre 1981 - 2010 lagen. Somit gehört auch



der Sommer 2020 zu den sehr warmen Sommern, gemäss der über 155-jährigen Messreihe von Meteo Schweiz. Besonders gegen Ende Juli und im Verlaufe des Monats August gab es kürzere und längere Hitzewellen, namentlich mehrere Hitzetage von über 30 Grad hintereinander. Obwohl es sich glücklicherweise nicht um einen weiteren Rekordsommer handelte, wurde der Trend der letzten 30 Jahre bestätigt. Die durchschnittlichen Temperaturen und auch die Anzahl der Hitzetage nehmen zu. Wir müssen davon ausgehen, dass es leider auch noch einige Jahre so bleiben wird, auch wenn wir in naher Zukunft hoffentlich das Ziel des Pariser Klimaabkommens erreichen können. Als Stadt haben wir lediglich einen sehr begrenzten Einfluss auf die globale Klimaerwärmung. Trotzdem sind wir unmittelbar von den negativen Folgen betroffen. Deshalb freut es mich, dass der Stadtrat zu unseren Anträgen eine grundsätzlich positive Antwort gegeben hat und beantragt, das Postulat zu überweisen. Wie der Botschaft entnommen werden kann, sind bereits einige Projekte für eine klimaangepasste Stadtentwicklung am Laufen oder in Planung. Auch das Ende August verabschiedete Biodiversitätskonzept beinhaltet viele interessante und teilweise mehr oder weniger konkrete Massnahmen. Wir nehmen zum Beispiel erfreut zur Kenntnis, dass ein Baumpflanzkonzept erstellt wird, mit welchem auf der Grundlage der Klimaanalysekarte sinnvolle und vor allem neue und zusätzliche Standorte für Bäume evaluiert werden. Wir erwarten, dass es nicht nur bei einem Konzept bleibt, sondern dass nach Verabschiedung dieses Konzepts möglichst bald mit der Umsetzung begonnen wird und so unser erster Antrag berücksichtigt wird. Wer weiss, vielleicht stehen bald auf beiden Seiten der Bahnhofstrasse wieder Bäume. Hinsichtlich der beiden anderen Anträge bezüglich weniger Teer und Versiegelung haben wir Verständnis dafür, dass Strassenbauprojekte verschiedene Anforderungen erfüllen müssen und weitere Abklärungen erfordern und dass die Hitzeabstrahlung des Strassenbelags nicht zwingend erste Priorität hat. Wir sind auf die Ergebnisse aus dem Projekt "Kühle Strassenbeläge", welches auf Stufe Bund ausgearbeitet wird, gespannt sowie auf die ersten Strassenbauprojekte, in welche die neuen Erkenntnisse einfließen werden. Ebenfalls nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass ab sofort bei allen Strassenbauprojekten ein Grün- und Freiraumplaner einbezogen wird und die Versiegelung auf ein Minimum begrenzt werden soll. Wir möchten den Stadtrat und die Verwaltung bitten, die genannten Massnahmen auch in den entsprechenden Botschaften von zukünftigen Projekten auszuweisen, damit bekannt wird, welche Aspekte die Grün- und Freiraumplaner detailliert beigetragen haben und inwiefern dieser Einfluss die Projekte verändert hat. Wir werden uns erlauben, in dieser Thematik, je nach den sichtbar umgesetzten Massnahmen, nochmals nachzufragen. An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung sowie Peter Jann und allen Mitunterzeichnern nochmals für die wohlwollende Aufnahme. Es würde uns freuen, wenn das Postulat auch bei den restlichen Einwohnerinnen und Einwohnerräten auf Zustimmung stösst und es überwiesen wird.

Thomas Waldmeier, Mitglied: Ich möchte Ihnen gerne eine kleine Geschichte erzählen. Ich bin Biologe und heisse Waldmeier, weshalb es sich bei dieser Geschichte vor allem um Bäume handeln wird. Die Geschichte spielt vor langer Zeit in einer weit entfernten Galaxis. Ah sorry, falsch. Die Geschichte spielt in nicht allzu ferner Zukunft, unmittelbar vor unserer Haustüre. Es ist ein kleiner Stadtrundgang, welcher ich zusammen mit meinem Onkel Hanspeter unternehmen werde. Dieser startet am Bahnhof. "Ich hole Onkel Hanspeter dort ab und wir begeben uns zum Bahnhofplatz und sehen, dass auf dem riesigen Feld, wo sich früher ein grosses Asphaltteerfeld befand, viele Feldahorne wachsen. Wir staunen und fragen uns, wie das möglich ist, denn unter uns befinden sich vor allem Tiefgaragen etc. Wir stellen dann fest, dass riesengrosse Pflanzenkübel hingestellt wurden und an den Rändern dieser Kübel befinden sich Bretter, auf welche man sich hinsetzen kann. Alles ist sehr stabil montiert und geht nicht so leicht kaputt, wie die roten Plastiktulpen. Zudem kann man im Schatten sitzen. Wir sehen die schöne Plastikwolke am Himmel und staunen darüber, dass die Pfosten, welche die Wolke halten, ebenfalls ganz grün sind, umgeben von Efeu bis in den Himmel. Wir begeben uns über den Fussgängerstreifen zum Postgebäude. Vor diesem Gebäude hat die Post, als Zeichen ihrer Spitzenleistungen, ein paar Spitzahorne eingepflanzt. Wir gehen entlang der Bahnhofstrasse weiter und stossen auch hier auf



viele Bäume, verschiedene Restaurants und Cafés, welche teilweise draussen Stühle aufgestellt haben, um draussen unter den Bäumen zu sitzen. Unter diesen Bergahornen kann man vom nächsten Ausflug in die Schweizer Berge träumen. Auf unserem Rundgang gelangen wir zum Kreisel beim Aargauer Platz. Wo sich früher in der Mitte das Polizistenhäuschen befand, steht jetzt ganz maienzüglisch weiss ein schöner Weissdorn. Vor dem Regierungsgebäude befinden sich zwei stolze Eichen, eine Traubeneiche und eine Stieleiche. Vom Regierungsgebäude aus schreiten wir durch die Vordere Vorstadt, welche inzwischen nur noch einspurig als Einbahnstrecke befahrbar ist. Neben dem freien Platz ranken ebenfalls verschiedene Bäume in den Himmel, zum Beispiel steht vor dem Hagenbuch eine Hagenbuche. Auch weitere schöne Bäume sind zu begutachten. Zum Beispiel die wunderschöne Blumenesche, welche die ganze Vordere Vorstadt zu einer wunderschönen neuen Flaniermeile von Aarau macht. Wir gehen weiter zum Kirchenplatz und setzen uns in die Garage und trinken etwas. Wir sitzen im Schatten einer wunderbaren Waldföhre und fühlen uns wie in einem mediterranen Feriendörfchen. Wir schreiten hinunter zum Rathaus und sehen davor ein paar aufgereichte Vogelbeerbäume, die zeigen, dass sich nicht nur im Rathaus Vögel befinden, sondern auch davor. Im Weiteren sehen wir im Dezembermonat schräg vis à vis des Rathauses einen Weihnachtsbaum. Wir staunen, dass dieser, sowie alle anderen Weihnachtsbäume, die bis anhin nur im Dezember hingestellt wurden, alle auch im Sommer vor Ort sind. Wir gehen weiter Richtung Kettenbrücke den Zollrain hinunter. Auf der linken Seite befinden sich heute schon Lindenbäume. Wir freuen uns, dass auch die rechte Seite mit ein paar schönen Sommerlinden bestückt ist. Wir spazieren der Aare entlang weiter und geniessen in einer Buvette oder in der Schwanbar eine Kleinigkeit und gelangen am Sauerländertunnel vorbei zum Kreisel und zum Tellirain. Dort befanden sich früher drei dreieckige Betonklötze. Jetzt steht dort eine wunderschöne Silberweide. Diese bevorzugt einen nassen Standort und weist darauf hin, dass sich dort einmal ein Sumpf befand. Ich selber wohne jetzt in diesem Telli-Sumpf. Wir spazieren den Tellirain hinauf und der Laurenzenvorstadt entlang Richtung Schlossplatz. In der Laurenzenvorstadt stellen wir fest, dass die Autos auf diesen Parkplätzen nun plötzlich im Schatten stehen und dass der Freihof seine Sonnenschirme nicht mehr aufstellen muss, weil die Leute auch dort unter den neuen Winterlinden im Schatten sitzen können. Weiter gelangen wir zum Schlossplatz und beim Oscar one wartet Tante Elsa auf uns, welche unter den Elsbeerbäumen auf dem Schlossplatz rastet. Wir überlegen uns, uns ev. noch in den neuen Schlossbiergarten zu begeben, und uns unter die schönen, neuen Hopfenbuchen zu setzen. Hier schliessen wir unseren Rundgang ab und freuen uns auf einen neuen Ausflug in andere Gebiete". Was möchte ich mit dieser Geschichte aussagen. Einerseits haben Sie jetzt gerade 15 einheimische Bäume mit ihrem Namen kennengelernt. Uns Grünen ist es wichtig, dass man bei solchen Baumpflanzungen vor allem auf einheimische und standortgerechte Bäume zurückgreift. Andererseits habe ich mit dieser Geschichte das Potenzial aufgezeigt, wo zwischen 150 und 200 Bäume gepflanzt werden könnten. Wir Grünen freuen uns sehr, wenn dann die Geschichte irgendeinmal Realität sein wird und danken deshalb für die Überweisung dieses Postulats.

Barbara Schönberg von Arx, Mitglied: Das Postulat "mehr Bäume - weniger Teer für eine effektive Hitzeverminderung für die Stadt Aarau" ist zukunftsweisend und so selbstverständlich, um unsere Aufgabe wahrzunehmen, für unsere Stadt Lösungen zu finden, welche es uns ermöglichen, dass es uns auch in einigen Jahren noch wohl ist. Es freut uns umso mehr, dass das Postulat auch von einem Mitglied des Einwohnerrates unterstützt wird, welches noch vor Kurzem für ein ganzes Stadtquartier einstand, welches nicht einmal einen grossen Baum beinhaltete und es kein Platz für eine begrünte Hausfassade gab. Wir finden, dass der Stadtrat hinsichtlich der drei Punkte Konzept, Strassenbeläge und Versiegelung mit dem Biodiversitätskonzept, der Klimaanalysenkarte, der geplanten Planhinweiskarte und dem Baumpflanzkonzept bereits viel vorgekehrt hat und beim Strassenbelag sind drei Bundesämter an der Arbeit, für die kühlen Strassenbeläge einzustehen und Studien anzustellen, namentlich das Bundesamt für Strassen ASTRA, das Bundesamt für Umwelt BAFU und das Bundesamt für Raumentwicklung Aare. Alle grossen Player sind bei



der Suche nach einer Lösung für eine kühlere Stadt vertreten. Im Zusammenhang mit der Versiegelung sieht die Stadt vor, dass bei Strassenbauprojekten mit einer Neugestaltung ein Grün- und Freizeitplaner beigezogen werden soll. So finden wir insgesamt, dass nicht noch mehr Konzepte und Richtlinien aufgestellt werden sollten. Der Stadtrat befindet sich auf dem richtigen Weg.

Alois Debrunner, Mitglied: Die Notwendigkeit dieses Postulats und die breite Abstützung zeigt, dass sich die lokalen Auswirkungen der globalen Klimaerwärmung definitiv sehr lokal und sehr konkret auf unser Leben auswirken. Wir wollen die Postulate nicht als Pflasterlipolitik betrachten, eher als Pflasterentfernungspolitik. Wir haben das Glück, an der Aare leben zu können und nicht auf einer vom Meeresspiegel bedrohten Insel. Wir haben das Glück, umgeben von Gönhard-, Suhret- und Buchwaldgebiet leben zu können ohne die Gefahr von sommerlichen Buschbränden und Feuerwalzen. Wir haben das Glück, mit relativ kleinem Einsatz, die bei uns im Sommer störende Hitze auch im Stadtgebiet zu lindern. Ich bitte Sie, dies als Anlass zu nehmen, sich nicht nur gegen die lokale Wirkung der globalen Klimaerwärmung zu engagieren, sondern weiterhin auch Massnahmen mitzutragen, für welche wir unsere lokale Mitverantwortung tragen.

Susanne Knörr, Mitglied: Wenn ich von meinem Zuhause aus über die Stadt hinwegschaue, sehe ich wirklich viele Bäume und viel Grün. Ich habe mir Gedanken über die Neupflanzungen der Bäume gemacht und eine Anfrage an den Werkhof gerichtet. Dort habe ich die Auskunft erhalten, dass in den letzten fünf Jahren 240 Ersatzpflanzungen infolge von Erkrankungen und Sturmschäden vorgenommen wurden. Zudem wurden 100 Ersatzpflanzungen infolge von Bauvorhaben gemacht, denn immer, wenn ein Baum infolge eines Bauvorhabens gefällt wird, muss ein neuer Baum gepflanzt werden. Weiter erfolgten 118 Neupflanzungen bei Neubauten wie Schulhäuser etc. Dabei wird aber oftmals vergessen, dass die neugepflanzten Bäume gerade am Anfang - wie bei Kindern - ausreichend gehegt und gepflegt werden müssen. Nach Aussage von Regina Wenk vom Werkhof dauert eine solche Pflege bis zu 12 Jahren. Mehr Bäume generieren also mehr Arbeit. Die Fraktion der SVP wünscht sich die Weitsichtigkeit, Bäume zu pflanzen, welche auch wirklich in die Region gehören und dass der Werkhof den Unterhalt dieser Bepflanzungen eigenständig vorzunehmen vermag. Vielleicht könnte man in der Schule im Fach Werken Nistkästen bauen, denn solche sehe ich praktisch nirgends in der Stadt. Jeder zehnte Baum benötigt nämlich ein Vogelhäuschen. Wir hatten in der Bahnhofstrasse damals vor ca. 15 Jahren tatsächlich solche Bäume mit Sitzbänken in Kisten. Es waren Kugelohrne. Ich möchte kein Baum in einer solche Kiste sein, in welcher die Leute ihren Abfall entsorgen und meine Wurzeln keinen Platz mehr haben. Wenn schon Bäume pflanzen, dann wenigstens richtig, direkt in den Boden. Ansonsten sollte man besser darauf verzichten. Für Hitzeminderung im Strassenbau gibt es bestimmt viele Möglichkeiten. Diese sollten aber keine Gefahr für Velofahrer, Fussgänger und Behinderte darstellen und die Aufwendungen sollten überschaubar sein.

Werner Schib, Vizestadtpräsident: In Bezug auf dieses Postulat und auch auf das nachfolgende Postulat "Klimaanalysekarte Aargau" hatte ich das Gefühl, dass gerade in der Zeit, in welcher das Stadtbauamt und der Stadtrat an diesem Projekt arbeiteten und am Biodiversitätskonzept feilten, gleichzeitig auch die beiden sinnvollen und richtigen Postulate von den Postulanten niedergeschrieben wurden. Das Datum der Postulate trägt den 30. Juni 2020. Das Biodiversitätskonzept wurde im August 2020 vom Stadtrat verabschiedet. Ich möchte gerne die Werbetrommel für dieses Biodiversitätskonzept rühren. Ich bitte Sie, dieses anzuschauen und zu lesen. Es sind verschiedene Handlungsfelder zu den Schwerpunktgebieten der Biodiversität dargestellt. Ebenso sind die wertvollen Lebensräume, vor allem die Auenlandschaft, festgehalten. Es geht dabei um den ökologischen Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet, aber auch um den Ausgleich im Siedlungsgebiet. Im Weiteren dreht es sich um die Artenförderung und um die Vernetzung. Ganz viele dieser Themen, die in



beiden Postulaten abgehandelt wurden, sind im Biodiversitätskonzept mit Massnahmen hinterlegt. Danach soll bei Umgebungsgestaltungen zum Beispiel ein Anteil von mindestens 75 % von einheimischen Pflanzen, die Unterbindung von Schottergärten bei Bauprojekten sowie die Berücksichtigung von Dachbegrünung bei Bauprojekten umgesetzt werden. Eine wichtige Grundlage bei Bauprojekten bildet das Thema Klimaanalysekarte, namentlich die Massnahme 3.4.7 "Karten geben Hinweise auf Hitzeinseln, Kaltluftströme, Ausgleichsräume und wichtige Durchlüftungsbahnen sowie Fassadenbegrünung. Versiegelte Flächen sollen entsiegelt werden". Es geht nicht nur um die Quantität des unversiegelten Raums sondern auch um die Qualität. Man sieht, dass vieles in diesem Biodiversitätskonzept festgehalten ist. Man wird den Stadtrat in den nächsten Monaten und Jahren daran messen können, ob die darin enthaltenen Massnahmen auch umgesetzt werden.

Thomas Richner, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 46 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Das Postulat "Mehr Bäume und weniger Teer - effektive Hitzeminderung für die Stadt Aarau" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 9
GV 2018 - 2021 / 156

Beschlussfassung über die Überweisung des Postulats von Stefan Zubler (FDP) und Mitunterzeichnende "Klimaanalysekarte Aargau - konkrete Massnahmen für eine klimaangepasste Stadtentwicklung"

Thomas Richner, Präsident: Am 30. Juni 2020 haben Einwohnerrat Stefan Zubler (FDP) und Mitunterzeichnende das Postulat "Klimaanalysekarte Aargau - konkrete Massnahmen für eine klimaangepasste Stadtentwicklung" eingereicht mit folgenden

Anträgen

Antrag 1

Der Stadtrat wird gebeten, sobald die "Klimaanalysekarte Aargau" zur Verfügung steht, diese auf Stufe Stadt Aarau zu analysieren und dem Einwohnerrat über die gewonnenen Erkenntnisse Bericht zu erstatten. Unter anderem sind die im Bericht "Hitze in Städten" in Kapitel 8 (Seite 39) aufgeführten Massnahmen vom Stadtrat unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten zu prüfen.

Antrag 2

Für die gemäss "Klimaanalysekarte Aargau" ausgeprägten Hitzeinseln auf Stadtgebiet sind dem Einwohnerrat konkrete Massnahmen inkl. Kostenschätzung zu präsentieren, wie diese Standorte hitzetechnisch entschärft werden können.

Der Stadtrat hat mit Botschaft vom 2. November 2020 zum Postulat Stellung genommen und unterbreitet dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Das Postulat "Klimaanalysekarte Aargau - konkrete Massnahmen für eine klimaangepasste Stadtentwicklung" sei zu überweisen.

Zuerst übergebe ich das Wort an den Postulanten Stefan Zubler.

Stefan Zubler, Mitglied: Auch bezüglich dieses Postulats möchte ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die wohlwollende Aufnahme und die erarbeitete Botschaft danken. Auf die Hintergründe beider Postulate bin ich bereits vorher eingegangen und möchte lediglich noch einen Punkt erwähnen. Dass in den knapp fünf Monaten seit der Einreichung dieses Postulats noch keine konkrete Liste mit Massnahmen und Kostenschätzungen präsentiert werden kann, ist verständlich. Trotzdem möchten wir den Stadtrat an dieser Stelle noch einmal bitten, dass die in der Botschaft erwähnte Analyse, auf der Basis der Klimaanalysekarte, sowie auch die geplanten weiterführenden Massnahmen, hier im Rat oder besser noch, in Form eines Berichts der Öffentlichkeit präsentiert werden. Ebenfalls möchte ich unsere Forderung noch einmal wiederholen, dass man sich als erstes auf die grössten Hitzeinseln in der Stadt Aarau konzentrieren und dabei so schnell wie möglich konkrete Massnahmen für eine hitzetechnische Entschärfung darlegen und umsetzen soll. Die FDP-Fraktion ist bereit, solche Massnahmen zu unterstützen. Diese dürfen natürlich etwas kosten, aber es muss auch entsprechender Nutzen ersichtlich sein und sie müssen zu einer Verbesserung der aktuellen Situation führen. Wir sind auf die weiteren Erkenntnisse aus der laufenden Analyse gespannt und ich hoffe, dass bald erste Massnahmen umgesetzt



werden können. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an alle, die das Postulat mitunterzeichnet haben. Es würde mich freuen, wenn der Einwohnerrat dem Antrag des Stadtrates folgt und das Postulat überweisen würde.

Thomas Richner, Präsident: Nachdem das Wort zur Diskussion nicht verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Das Postulat "Klimaanalysekarte Aargau - konkrete Massnahmen für eine klimaangepasste Stadtentwicklung" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:
Thomas Richner

Der Protokollführer:
Stefan Berner